wide
women in development europe
switzerland

ESSEN. MACHT. ARBEIT.

FEMINISTISCHE BLICKE AUF FAIRFOOD IDEEN

INHALTE

VORWORT 1

ESSEN.

RECHT AUF NAHRUNG UND DIE KOMMERZIALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT 3

AUFGETISCHT: FAIRES ESSEN 8

ANNÄHERUNG AN DAS SCHWEIZER ERNÄHRUNGSSYSTEM MIT GENDERBRILLE 12

MACHT.

INTERVIEW: HANDEL JA – ABER WIE? 18

PORTO LOKO DEKLARATION 24

PORT LOKO DEKLARATION 26

WANN STÄRKT NACHHALTIGER HANDEL DIE POSITION VON FRAUEN? 28

ARBEIT.

INTERVIEW: ZUR SITUATION VON FRAUEN IN DER SCHWEIZER LANDWIRTSCHAFT 33

GESTEIGERTE NAHRUNGSMITTELPRODUKTION IN RUANDA – WER PROFITIERT? 36

GESPRÄCH: GENDER-GERECHTE WERTSCHÖPFUNG? 41

VORLÄUFIGES RESÜMEE 46

REDAKTION 48

März 2019, Bern

Eine Publikation von WIDE Switzerland
www.wide-switzerland.ch

Mit finanzieller Unterstützung von

BROT FÜR ALLE

SWISSAID

«Frauen ernähren die Welt, aber Männer erhalten den Ernährerlohn.»

Vorwort

Zwischen den Anfängen der Bananenfrauen um Ursula Brunner und der Fair-Food-Initiative, die Maya Graf massgeblich vertreten hatte, liegen exakt 45 Jahre. In diesem Zeitraum ist sehr viel geschehen in Sachen Nachhaltigkeit, nicht zuletzt auch mit der Festlegung der Nachhaltigkeitsziele (SDG) der UNO-Agenda 2030.

«Frauen ernähren die Welt, aber Männer erhalten den Ernährerlohn» − Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und der Ernährung ist die Geschlechterdimension deutlich. Geht es um Sorgearbeiten, so stehen mehrheitlich Frauen in der Verantwortung. Geht es um Profite, haben vor allem Männer das Sagen. Frauen werden zwar präsenter in Führungsetagen, auch im Geschäft mit Nahrungsmitteln, aber die Diskrepanz bleibt bestehen: Bäuer*innen wird (zu) wenig für ihre Produkte bezahlt, die Arbeiter*innen im Lebensmittelsektor haben (zu) tiefe Löhne und schlussendlich bleibt es meistens den Frauen überlassen, sich um das Essen der Familie zu kümmern.

Eine relativ neue Debatte über «Food Systems» innerhalb der UN-Organisationen erkennt die Komplexität der Thematik an und benennt drei Bereiche, die lokal und global miteinander verknüpft sind: Nahrungsmittel-Lieferketten, das Lebensmittelumfeld und das Konsumverhalten. Ein Blick in die Regale unserer Supermärkte zeigt, wie die Welt auch bei der Ernährung global zusammengerückt ist. Wertschöpfungsketten veranschaulichen den Weg der Lebensmittel. Hingegen wissen wir nicht, wie viel Arbeit hinter den einzelnen Schritten steckt, wie diese durch Geschlechterrollen geprägt sind, und welche Akteure wirtschaftlich durchstarten können und welche nicht. Die Genderperspektive bleibt aussen vor, wenn es um die Organisation und Analyse der Marktmechanismen geht.

International ist die Stärkung der Frauenrechte ein Dauerthema. In den letzten Jahren wurde die Frauenrechtskonvention (Convention on the Elimination of Discrimination against Women, CEDAW) erweitert mit einer neuen Empfehlung zur Situation von «Landfrauen» («rural women»). Gendergerechtigkeit besteht dann, wenn sich Frauen oder Männer gleichwertig für ihre Ziele einsetzen können und nicht mehr aufgrund ihres Geschlechts und der zugeschriebenen (und einstudierten) Rollen soziale und wirtschaftliche Benachteiligungen erfahren. Der Diskurs besteht, und doch bleiben konkrete Fortschritte harzig. In der Schweiz wird die Distanz zwischen Frauen und Männern wieder grösser, wie die neuesten Zahlen des Global Gender Gap Reports des Weltwirtschaftsforums (WEF) zeigen: Die Digitalisierung – welche auch in der Land- und Ernährungswirtschaft immer wichtiger wird – schliesse die Frauen aus.

Eine Diskussion über faires Essen in der Schweiz muss somit die Geschlechterdimension miteinbeziehen. Doch diese war in den letzten Jahren, während der Debatten um die diversen Volksinitiativen zur Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft, kaum Thema.

Dies veranlasste WIDE-Switzerland, die Auswirkung von nachhaltigen Ernährungssystemen auf Geschlechterverhältnisse genauer anzuschauen. Kann davon ausgegangen werden, dass Nachhaltigkeit beim Essen automatisch zu mehr Gendergerechtigkeit führt, oder sind weitere Massnahmen nötig? Wäre Gendergerechtigkeit eine Voraussetzung, um nachhaltige Ernährungssysteme zu entwickeln? WIDE geht diesen Fragen aus feministischer Perspektive nach.

Frauen sind ebenso wie Männer unterschiedlich und längst nicht alle sind in der Lage, so initiativ zu sein wie Maya Graf oder Ursula Brunner. Und genau davon handeln die Artikel: Wie kann ein Ernährungssystem organisiert werden, welches Einschränkungen, Diskriminierungen und Genderungerechtigkeiten entgegenwirkt? Um diese Realitäten aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten, kommen hier Frauen in verschiedenen Rollen zu Wort: als Aktivistinnen, Forscherinnen, Bäuerinnen und Konsumentinnen.

ESSEN.

RECHT AUF NAHRUNG UND DIE KOMMERZIALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

ERFAHRUNGEN AUS KAMBODSCHA UND GHANA

Joanna Bourke Martignoni, Fenneke Reysoo

Weltweit sind Frauen und Mädchen überdurchschnittlich von Ernährungsunsicherheit betroffen. Die zunehmende Kommerzialisierung der Landwirtschaft und Veränderungen im ländlichen Bodenbesitz wirken sich auf die Versorgungssituation aus; die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Nahrungsmitteln und deren Qualität in städtischen und ländlichen Gebieten nehmen ab. Die Kommerzialisierung von landwirtschaftlicher Produktion und von Land beeinflusst die Geschlechterverhältnisse, die den Geschlechtern zugeschriebenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutungen sowie die dadurch verursachten Ungerechtigkeiten.

Die landwirtschaftliche Kommerzialisierung und der Wandel in der Bodennutzung haben sich weltweit in den letzten zwanzig Jahren beschleunigt. Produktion, Vermarktung und der Konsum landwirtschaftlicher Produkte, wie Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe, nehmen auf allen Ebenen – von global bis regional, national und lokal – neue Formen an.

Internationale Gesetze und Politiken unterstreichen im Sinne des Rechts auf Nahrung die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass die durch die landwirtschaftliche Kommerzialisierung verursachten Prozesse den physischen und wirtschaftlichen Zugang aller Menschen zu Lebensmitteln nicht beeinträchtigen. Lebensmittel müssen verfügbar und zugänglich sein. Das kann entweder durch Subsistenzproduktion erfolgen oder mittels des eigenen, aus fairer und menschenwürdiger Arbeit erwirtschafteten Geldes. Schliesslich kann die Verfügbarkeit der Nahrungsmittel auch über Sozialschutzprogramme garantiert werden.

Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung beim Zugang zu angemessenen Lebensmitteln sind Schlüsselmerkmale der internationalen Menschenrechtspolitik und der sich darauf beziehenden Gesetze.

In Kambodscha zeigte sich in der DEMETER-Forschung, dass sich die landwirtschaftliche Bodennutzung in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Zuweisung grosser Flächen für Konzessionen im Agrarsektor erheblich verändert hat. Cash Crops wie Maniok, Kautschuk, Cashewnüsse und Pfeffer verdrängen nicht nur Reis als Grundnahrungsmittel der Bevölkerung in vielen Regionen des Landes. In der Folge nimmt auch die bäuerliche Landwirtschaft ab. Die zunehmende Nutzung der Agrarflächen für den Anbau von Exportprodukten übt grossen Druck aus auf die Subsistenzlandwirtschaft betreibende Bevölkerung.

Viele von ihnen haben (oft unfreiwillig) Land an Agrarunternehmen verkauft oder abgetreten. Heute brauchen sie den Zugang zum Arbeitsmarkt, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Andere sind zur kommerziellen Landwirtschaft übergegangen, sind da nun Preisschwankungen ausgesetzt und haben weniger Fläche und Zeit für die Subsistenzwirtschaft.

Die massive Abholzung in den Hochgebirgsregionen des Landes hatte erhebliche Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Nichtholz-Ressourcen für indigene Gruppen, die traditionell von diesen abhängig sind, und zwar sowohl für Nahrungsmittel als auch für die Einkommen.

Andere Aspekte der Kommerzialisierung: Der Vertragsanbau, der durch

Foto linke Seite: (Daniel Angele)

«Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem erhöhten Druck auf Bodennutzung und andere produktionsrelevante Ressourcen und die Zunahme von häuslicher Gewalt.»

die Kommerzialisierung zugenommen hat, der grossflächige Landerwerb und die Privatisierung kommunaler Ressourcen, einschliesslich von Wäldern, Weideland und Wasserressourcen, haben sich für bestimmte Gruppen von Männern als vorteilhaft erwiesen, während Frauen im Allgemeinen benachteiligt werden. Diese geschlechtsdifferenzierten Auswirkungen der Agrar- und Flächenvermarktung werden in den folgenden Abschnitten näher beschrieben.

Auch in Ghana haben Veränderungen in der Agrarpolitik und neue Investitions- und Finanzierungsmechanismen dazu geführt, dass Exportkulturen wie Kakao, Ölpalmen, Gerste und Sorghum die traditionellen Subsistenzkulturen ersetzt haben. Die Studie zeigt, dass die Agrarindustrie zunehmend die Agrarpolitik und deren Umsetzung auf nationaler und subnationaler Ebene beeinflusst. Die Muster der landwirtschaftlichen Kommerzialisierung im Land unterscheiden sich, jedoch ein deutlicher Trend ist der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Dies ist zum Teil auf den Erfolg zurückzuführen, dass immer mehr Kinder eine Schule besuchen. Es hat auch damit zu tun, dass das ländliche Leben in der Wahrnehmung der Menschen an Attraktivität verloren hat. Landflucht ist auch hier ein Trend. Interessanterweise ist aber auch ein deutlicher Anstieg von jüngeren Menschen zu verzeichnen, die in den kommerziellen Gartenbau wechseln.

Geschlechterbeziehungen bei Nahrungsmittelproduktion und -konsum

Frauen sind entscheidend für die Ernährungssicherheit in ländlichen Gebieten. Sie leisten einen Beitrag als Bäuerinnen und als Arbeiterinnen und sie tragen in der Regel die Hauptverantwortung für die Beschaffung und Zubereitung von Lebensmitteln im Haushalt. Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Landnutzung beeinflussen die sozioökonomischen Rollen von Frauen und Männern und schaffen neue Interdependenzen. In diesem Prozess können Frauen benachteiligt werden, indem sie stärker vom Einkommen männlicher Familienmitglieder abhängig werden.
Die Entwicklung von Agrarunternehmen und die landwirtschaftliche Kommerzialisierung führen oft zu einer Verankerung struktureller Formen der Diskriminierung von Frauen in der Beschäftigung. Sie arbeiten vor allem in unregulierten Arbeitsmarktsegmenten, ihre Tätigkeiten gelten als gering qualifiziert. Ihre Lohnarbeit ist schlecht bezahlt, unsicher und ohne Sozialversicherungsansprüche.

Familienzusammensetzung, Geldmangel, Zeit

Auf der Ebene der Haushalte gibt die Studie Hinweise darauf, dass die Kommerzialisierung der Landwirtschaft in einigen Regionen zu einem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion führt und zur Verringerung der Ernährungsvielfalt und der Qualität der Nahrungsmittel beiträgt. Veränderungen betreffend Zugang zu Nahrungsmitteln, ihrer Angemessenheit und die kulturelle Akzeptanz können die Geschlechterrollen beeinflussen.

In armen ländlichen Haushalten, wenn in der mageren Jahreszeit die Nahrung knapp wird, müssen Frauen in ihrer Rolle als Köchinnen Menge und Zusammensetzung der täglichen Mahlzeiten den Gegebenheiten anpassen. Die Lebensmittelverteilung folgt geschlechtsspezifischen Normen, was in Wirklichkeit bedeutet, dass erwachsene Männer grössere und bessere Teile bekommen als erwachsene Frauen und Jungen werden gegenüber Mädchen bevorzugt. Wir gehen davon aus, dass Frauen und Mädchen daher häufiger an Ernährungsmängeln leiden als Männer

Frauen bündeln ihre Arbeitskräfte und setzen Cassava Setzlinge auf gerodetem Waldboden. Der Wald musste der kommerziellen Landwirtschaft weichen. (Joanna Burke-Martignoni, Kambodscha)

und Jungen. Diese haushaltsinternen Umverteilungsregeln wirken sich auch negativ auf ältere Haushaltsmitglieder aus, die nicht aktiv zum Einkommen oder zur landwirtschaftlichen Arbeit beitragen.

In Kambodscha stellt die Bodenknappheit, die sich aus der Kommerzialisierung der Landwirtschaft ergeben hat, die Dorfbevölkerung (sowohl Männer als auch Frauen) vor eine Wahl: Entweder sie produzieren Lebensmittel selber, mit dem Risiko, wegen klimatischen Veränderungen schlechte Erträge zu erzielen. Oder sie verdienen als Arbeitskräfte Geld, mit welchem sie die Lebensmittel dann kaufen.

Landwirtschaftliche Transformationen, weg vom kollektiven Zugang zu Waldprodukten und dem Wanderfeldbau, hin zum Anbau von Nutzpflanzen und die Einführung individueller Landnutzungsrechte, haben die solidarischen Beziehungsnetze unterwandert. In qualitativen Interviews wurde häufig festgestellt, dass «Essen leicht zugänglich ist, vorausgesetzt, die Familien haben Geld». Familien mit weniger Mitgliedern im produktiven Alter oder weiblich geführte Haushalte, die sich nicht auf männliche Arbeitskräfte verlassen können, sind am stärksten gefährdet. Familienzusammensetzung, Geldmangel und Nahrungs-(un) adäquatheit sind eng miteinander verbunden.

Wenn Nahrung knapp wird, müssen Frauen mehr Zeit und Ressourcen für die Versorgung der Familie aufwenden. Die Interviewdaten zeigen ebenfalls einen Zusammenhang zwischen dem erhöhten Druck auf Bodennutzung und andere produktionsrelevante Ressourcen und der Zunahme von häuslicher Gewalt. Oft werden solche Phänomene als ein Fortbestehen diskriminierender Traditionen erklärt.

Es ist erwiesen, dass die zunehmende Kommerzialisierung der Landwirtschaft zu einer spürbaren Verringerung sowohl der Quantität als auch der Qualität des täglichen Nahrungsmittelkonsums in den Untersuchungsgebieten geführt hat. Die daraus resultierenden Einschränkungen des Zugangs von Frauen zu guter Nahrung haben neue Formen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern geschaffen. Diese Veränderungen untergraben die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in Bezug auf Zugänglichkeit, Angemessenheit und kulturelle Akzeptanz nicht nur für Frauen, sondern auch für ältere Menschen und

«Essen ist leicht zugänglich. Vorausgesetzt, die Familien haben Geld»

«Das politische Ziel der Verbesserung der Ernährungssicherheit durch eine Kommerzialisierung der Landwirtschaft wird zunichte gemacht: durch die steigenden Ausgaben für Lebensmittel, das Verschwinden der Gemeinschaftsgüter und dem wachsenden Druck auf Frauen, eine angemessene Ernährung für ihre Haushalte sicherzustellen.»

Kinder. Die Auswirkungen dieser Prozesse sind für die indigenen Gruppen der Khmer und Nicht-Khmer unterschiedlich.

In **Ghana** sind eher Männer in der Landwirtschaft tätig als Frauen, Sie besitzen und bewirtschaften auch grössere Landflächen.

Sowohl Männer als auch Frauen verkaufen einen Teil ihrer Ernte; auch wenn der Anteil der Frauen eher kleiner ist. Gleichzeitig finden wir aber Hinweise auf eine gleiche, wenn nicht sogar höhere Marktorientierung von Frauen. Die Daten bestätigen die Hypothese nicht, dass mit zunehmender Rentabilität mehr Männer in die Produktion einsteigen, während Frauen der Anbau für den Eigenverbrauch bleibt.

Obwohl immer noch signifikant, stellen wir doch fest, dass die geschlechtsspezifische Differenzierung in den Anbaumustern nicht mehr so ausgeprägt ist wie vor zehn Jahren. Wie in Kambodscha zeigen unsere Ergebnisse, dass die Kommerzialisierung vielfältige, aber meist negative Auswirkungen auf den Zugang zu den Bedürfnissen angepassten Lebensmitteln in Haushalten hat.

Die Notwendigkeit, die Produktivität zu steigern, führt häufig dazu, dass die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, welche sich Inputs wie Düngemittel, Viehfutter oder Pflanzenschutzmittel leisten kann, den Einsatz von Agrochemikalien erhöht. Dies wiederum ist mit einer Verschlechterung der Qualität der von ihnen angebauten Grundnahrungsmittel und einer Verringerung der Verfügbarkeit derjenigen Forstressourcen verbunden, welche die Frauen für die Zubereitung von Mahlzeiten brauchen.

Mit zunehmender Kommerzialisierung steigt die Zeit, welche die Frauen nebst ihrer ohnehin schon erheblichen Belastung durch «reproduktive» Arbeit, für die Subsistenzwirtschaft und andere produktive Tätigkeiten aufwenden. Frauen in unseren Untersuchungsgebieten berichten, dass sie weniger Zeit für die Zubereitung von Lebensmitteln verwenden und oft selbstgekochte Mahlzeiten durch neue Lebensmittel mit geringerem Nährwert ersetzen müssen. Das politische Ziel einer Verbesserung der Ernährungssicherheit durch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft wird durch die steigenden Ausgaben der Haushalte für Lebensmittel, das Verschwinden der Gemeinschaftsgüter und den wachsenden Druck auf Frauen, weiterhin angemessene Lebensmittel und die Ernährung für ihre Haushalte sicherzustellen, zunichte gemacht.»

Rechtsbasierte Ansätze und politische Repräsentation

In unseren beiden Studienländern sind Frauen in politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen auf allen – von den lokalen und subnationalen, bis hin zu den nationalen - Ebenen der Regierungsführung nach wie vor stark unterrepräsentiert. Im Kontext der landwirtschaftlichen Kommerzialisierung bedeutet dieser Mangel an politischer Repräsentation, dass die Rechte und Interessen von Frauen als Kleingrundbesitzerinnen, landlose Bäuerinnen oder landwirtschaftliche Lohnarbeiterinnen in Verhandlungen, Politik und Gesetzgebung häufig übersehen werden.

Neben diesen strukturellen Formen der Ungleichheit in der politischen Repräsentation und Entscheidungsfindung sind die Möglichkeiten für die Erhebung von rechtsbasierten

Ansprüchen im Zusammenhang mit Diskriminierung beim Zugang zu Nahrung, Land und natürlichen Ressourcen oft begrenzt. In Kambodscha gibt es zwar eine lebendige Zivilgesellschaft und Frauen waren bei vielen Protesten im Zusammenhang mit der «Landnahme/Bodennahme» an vorderster Front, aber Regierungsrepression und gerichtliche Korruption führen dazu, dass die Einforderung der Rechte weitgehend erfolglos geblieben ist. Während die ghanaischen Gerichte für das Recht auf Nahrung empfänglicher sind und es weniger Einschränkungen für die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen gibt, die an der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Frauenrechte beteiligt sind, ist das Bewusstsein für das Recht auf Nahrung als Menschenrecht in der Justiz gering, ebenso wie das Engagement der sozialen Bewegungen in dieser Frage.

DEMETER (Gender, Land and the Right to Food) ist ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, welches im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Research for Development (r4d) durchgeführt wird. Es untersucht aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit und des Rechts auf Nahrung den sozialen Wandel in ländlichen Gebieten von Kambodscha und Ghana. Die dafür verwendeten Methoden sind vielfältig. Einige der wichtigsten Ergebnisse der qualitativen Forschung in den beiden Ländern wurden in diesem Text zusammengefasst und in den Kontext breiter sozioökonomischer, politischer und rechtlicher Trends gestellt, die im Rahmen des Projekts analysiert wurden.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt DEMETER finden Sie unter: https://r4d-demeter.info

Joanna Bourke-Martignoni ist Postdoc-Forscherin und als Senior Research Fellow ebenfalls Koordinatorin des DEMETER-Projekts am Geneva Graduate Institute of Development Studies (IHEID). Sie ist eine internationale Menschenrechtsanwältin und Historikerin mit den Schwerpunkten Geschlechtergleichstellung, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie Südostasienwissenschaften.

Fenneke Reysoo (IHEID, Genf) setzt sich für die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten ein. Sie definiert diese als institutionalisierte Hierarchien kultureller Werte, die bestimmte Personengruppen vom gesellschaftlichen Leben ausschließen. Ihre Forschung konzentriert sich auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Landkommerzialisierung (Kambodscha), auf Gesundheits- und Fortpflanzungsrechte (Marokko, Mali, Bangladesch) und den Status von Frauen im Islam (Marokko). Ihre Ausbildung befindet sich an der Schnittstelle von Anthropologie (PhD Radboud University, 1988), und Gender- & Entwicklungsstudien (ITC, 1982).

AUFGETISCHT: FAIRES ESSEN

ÜBERLEGUNGEN ZUR FAIR-FOOD-IDEE AM BEISPIEL BOLIVIANISCHER QUINOA-PRODUZENT*INNEN

Sabin Bieri

Gesund und fair – so wollen wir auftischen in der Schweiz. Die Fair-Food-Initiative sollte dieses Anliegen verfassungsfähig machen. Was aber bedeutet die Nachfrage nach gesundem und fairem Essen für diejenigen, die es produzieren? Wie viel Fairness bleibt bei den Kleinbauernfamilien in Bolivien, deren Quinoa für den europäischen Konsum bestimmt ist? Könnte die politische Bestimmung von «fair» und «gesund» aus der Schweiz Signalwirkung erzeugen? Oder würde sie, wie gegnerische Stimmen argumentierten, vielmehr Kleinstproduzent*innen ausschliessen, weil diese die Standards schon heute kaum einzuhalten vermögen? Gibt es in der Beurteilung exportorientierter Landwirtschaft im globalen Süden auch einen feministischen Standpunkt?

Ein sechsjähriges, von der Schweizer Entwicklungsagentur DEZA und dem Schweizerischen Nationalfonds kofinanziertes Forschungsprojekt[1] ging den Auswirkungen der zunehmend kommerzialisierten Landwirtschaft in Binnenländern wie Bolivien nach. Diese Auswirkungen wurden insbesondere nach geschlechterdifferenzierten Merkmalen sowie mit Blick auf die viel- beschworene Feminisierung der Landwirtschaft untersucht. Erhöht die Produktion für den Markt die Chancen von Frauen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu betätigen?

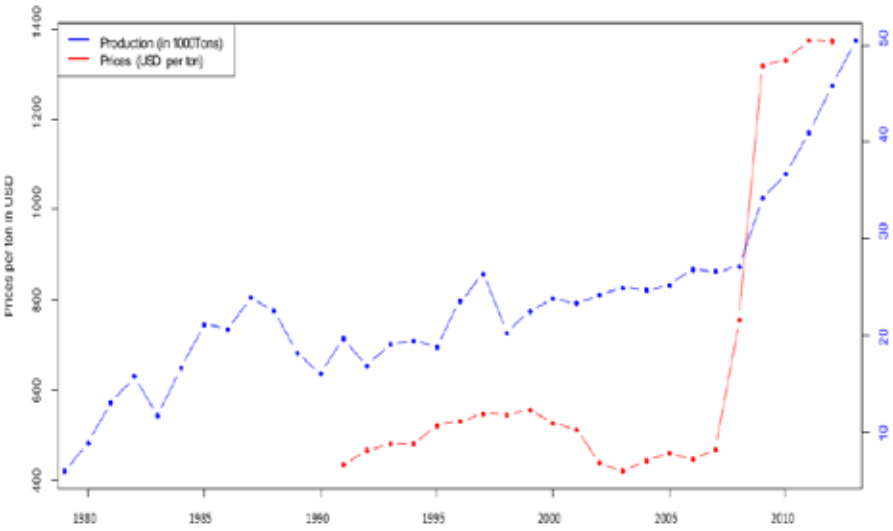
Sind sie in der Lage, mit dem bezogenen Lohn ihre soziale Stellung zu verbessern? Erwerben sie Kenntnisse, schaffen sie sich neue Netzwerke, entwickeln sie Perspektiven – wenn nicht für sich, so doch zumindest für ihre Kinder?

Im Fall von Quinoa gab es vor 2013, während der Hausse des Quinoa-Booms, eine Kampagne, die den gesundheitsbewussten, vegetarisch oder vegan lebenden Liebhaberinnen und Liebhabern von Quinoa den Appetit gründlich verdarb. Ausgehend von einem Artikel im britischen Guardian stellte bald jedes kritische Blatt den Verzehr von Quinoa in unseren Breitengraden an den Pranger, und schliesslich schwappte die Alarmstimmung auch auf Konsumentenmagazine in der Schweiz über.[2]

Essen wir den bolivianischen Kleinbäuer*innen die Quinoa vom Teller?

Was ist an der Geschichte dran? Sind die Ernährungsgewohnheiten wohlhabender Amerikaner*innen und Europäer*innen der Grund für Mangelernährung und Geldknappheit der Andenbevölkerung? Ächzen die Bäuerinnen unter der zusätzlichen Arbeitsbelastung des kommerziellen Anbaus?

Der Boom von Quinoa ist beispielhaft (siehe Grafik rechts). Parallel zur Preissteigerung steigen die Anbaufläche und die Produktionsmenge. Die Familien, die näher an den Zentren und damit an den Märkten leben, erweitern ihre Fläche rasch. Die Lamaherden, die bisher zu ihrer landwirtschaftlichen Strategie gehörten – häufig der Bereich der Frauen – werden entweder verkauft, um damit Landmaschinen anzuschaffen oder an Verwandte in weiter entfernten Regionen abgegeben. Söhne und Töchter, die in nahe gelegene Städte oder ins benachbarte Ausland migriert sind, kehren zurück und beanspruchen, das Land ihrer Vorfahren bebauen zu können. Die traditionelle Behörde, die den Landzugang organisiert,



Steigende Preise und Anbauflächen für Quinoa in Bolivien ab 2005 führten zu mehr Wohlstand, Schulbesuchen von Kindern, Mechanisierung der Produktion, und einer Diversifizierung der Ernährung. Ab 2016 stürzten die Preise in sich zusammen.

(Quelle: Fao Stats, Grafik von Maurice Tschopp)

sieht sich mit einer kaum zu bewältigenden Nachfrage konfrontiert. Quinoa wird vermehrt auf flachen Ebenen angebaut, dort, wo Traktoren fahren können. Auch wenn sich die Erzählungen von Konflikten häufen und die Böden auf dieser Höhenlage fragil sind, gibt es keinen eigentlichen Landmangel. Konflikte entstehen in Bezug auf die bevorzugten Zonen, und weil die Instrumente der traditionellen Behörde zu wenig ausgereift sind, um die wachsende und zunehmend konkurrierende Nachfrage zu organisieren.

Dem Boom folgt der Preiszerfall

Die Königsquinoa, die Quinoa Real, die im Gebiet rund um die Salzwüste von Uyuni angebaut ist, gilt als eine der ursprünglichen Sorten. Dank ihrer verhältnismässig grossen Körner, dem nussigen Geschmack und den hochwertigen Ernährungseigenschaften verkauft sie sich gut. Zudem genügt die Produktion, die ohne Zufuhr von künstlichem Dünger und Pestiziden auskommt, den Kriterien des biologischen Anbaus.

Trotzdem stürzt der Preis seit 2016 in sich zusammen. Die Lagerhäuser sind voll, die Bauern und Bäuerinnen zögern den Verkauf hinaus, solange sie nur einen Bruchteil des in den Boomjahren erzielten Preises lösen können. Der Preiszerfall kam nicht vollkommen überraschend, aber doch abrupt und schneller als erwartet. In der Boomphase ging es vor allem darum, schnelles und viel Geld zu verdienen. Niemand arbeitete an den Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Quinoa-Wirtschaft. Es wurden keine Anstrengungen unternommen, für eine privilegierte Positionierung von bolivianischer Quinoa auf dem internationalen Markt. Kaum ein Bauer, eine Bäuerin, ist heute besser positioniert als vor dem Boom. Es profitierten allenfalls jene, die Kapital investierten und ihre Produktion mechanisieren konnten – dies sind meist Ausgewanderte, die mit dem Sog des Booms wieder zurück ins Gebiet des Salar kamen.

Den Bäuerinnen aus dem bolivianischen Hochland wurden die Exportstrategien der eigenen Regierung sowie diejenige der Nachbarländer, allen voran Peru, zum Verhängnis. Die Produktion wurde so rasch nach oben geschraubt, dass die Preise in sich zusammenstürzten. Der Vorsprung, den Bolivien als Hauptexporteur gehabt hatte, schmolz innerhalb von wenigen Jahren. Die Kleinbauernfamilien werden wieder auf ihre ursprünglichen, diversifizierten Wirtschaftsweisen zurückgeworfen.

Dennoch: Quinoa führte zu Wohlstand

Trotzdem ist die Boom- und Bust- Geschichte nicht ausschliesslich eine Geschichte des Misserfolgs, auch wenn sie mit Sicherheit eine Geschichte der unterlassenen Entscheidungen und mangelnden Weichenstellungen für die Zukunft ist.

Viele Bauernfamilien erarbeiteten in den wenigen Boomjahren einen massgeblichen Wohlstand, der ihnen über die ersten Monate des Preisrückgangs hinweghalf. Einige Kinder profitierten unabhängig vom Geschlecht von besseren Schulen oder wurden an Universitäten im Ausland geschickt.

Die Investition in die Maschinen erleichterte die Produktion – allerdings nicht so sehr für

«Es änderte sich an der Rollenverteilung innerhalb der Haushalte wenig: Während Männer für technisierte Arbeiten zuständig sind, sind Frauen bei den aufwendigen Handarbeiten während der Ernte und den primären Verarbeitungsprozessen gefragt. Hierfür werden auch Frauen als externe Arbeitskräfte rekrutiert.»

die Frauen, wie wir sehen werden.

Die Ernährungsvielfalt in der Region nahm zu, da sich die Menschen aus dem Erlös für die Quinoa andere Produkte leisten konnten, die das Standardmenü aus Quinoa und Lamafleisch ergänzen und bereichern. Zumindest ein Mythos ist damit widerlegt: Der florierende Absatz von Quinoa in unseren Breitengraden geht nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit oder der Ernährungssouveränität der Produzentinnen von Quinoa. Wie mir Doña Andrea, eine erfahrene Quinoa-Bäuerin mitteilt:

«Bei uns zu Hause essen wir keine Quinoa. Wir bevorzugen Reis und Teigwaren.» – Quinoa gilt als Armeleuteessen. Wer es sich leisten kann, steigt um. Die nationalen Kampagnen zur Förderung des Binnenverzehrs von Quinoa sollen diesem Trend Einhalt gebieten. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass die Ernährungsvielfalt gewachsen ist, seit einige sich durch den Verkauf von Quinoa auch etwas leisten können. Wie sich dadurch die Qualität der Ernährung verändert hat, wurde hier nicht untersucht.

(Un)Gleichheiten zwischen Bauernfamilien

Die zweite Entwarnung kommt bezüglich der Frage, ob die Produktion für den Markt die Ungleichheit unter den Bauernfamilien verschärft. Auch hier ist die Antwort im bolivianischen Kontext ein Nein, so gibt es bezüglich der staatlichen Sozialleistungen keinen Unterschied. Wer mehr Land besitzt, das gilt für Frauen ebenso wie für Männer, ist proportional bevorteilt. Es ist kaum eine Verschärfung der Ungleichheiten zwischen verschiedenen Haushaltstypen zu beobachten, einzig die «Single headed» Haushalte, in der Mehrheit von Frauen geführt, sind stärker von Verdrängung bedroht. Diese Schlussfolgerung ist mit Vorsicht zu geniessen: Das kommunale Landrecht, das in der bolivianischen Verfassung verankert ist, erzeugt hier eine Pufferwirkung und verhindert somit zu grosse Verwerfungen. Dennoch ist letztlich entscheidend, wer wie viele Arbeitskräfte zur Verfügung hat.

Die Frage des Geschlechts

Welche Schlussfolgerungen lassen diese Erkenntnisse im Rahmen einer feministischen Diskussion um «Fair Food» zu? Fragen, die etwa zu stellen wären, sind diejenige nach der Verschiebung von geschlechterdifferenzierten Rollen, der Arbeitslast, den geteilten Verantwortungen, den jeweiligen Chancen sowie der gesellschaftlichen Stellung von Männern und Frauen ausserhalb der Familie.

Der ernüchternde Befund ist vorerst, dass sich an der Rollenverteilung innerhalb der Haushalte wenig ändert, wenn von der Produktion für den Eigengebrauch auf Export umgesattelt wird. Während die Männer für technisierte Arbeiten zuständig sind, sind die Frauen bei den aufwendigen Handarbeiten während der Ernte und den primären Verarbeitungsprozessen gefragt. Hierfür werden auch Frauen als externe Arbeitskräfte rekrutiert. Sie kommen aus den umliegenden Dörfern oder es sind die eigenen Kinder, die abgewandert sind und für die arbeitsintensiven Phasen zurückkommen. Ihre Löhne sind tiefer als diejenigen fürs Pflügen oder die Aussaat. Die Hausarbeit bleibt weitgehend in der Verantwortung der Frauen, ebenso die Kindererziehung. Die einzige Entlastung, die sie erhalten, erfolgt durch die Aufgabe oder Verschiebung der Viehproduktion. Von der viel beschworenen andinen Rhetorik der komplementären, aber gleichwertigen Geschlechterrollen bleibt nicht viel übrig.

Interessant ist die Rolle von Frauen in den mächtiger werdenden

Stolz auf ihre Produktion, aber Sorgen um die Zukunft: Ein Paar auf ihrem Quinoafeld in der Nähe von San Pedro de Quemez, Provinz Nor Lípez, Bolivien. (Sabin Bieri, 2018)

Produktionskooperativen sowie den lokalen Autoritäten, die an Einfluss eingebüsst haben. Während die lokalen Autoritäten zunehmend Frauen auf Posten berufen, so bleibt dies in den Kooperativen eher die Ausnahme. Auch hier scheint sich zu bestätigen, dass trotz neuer wirtschaftlicher Chancen die Machtverhältnisse eher perpetuieren als aufgebrochen werden. In diesem Sinne stellt sich die Frage, welche sogenannten «Frauenprojekte» gefördert werden. Gerade die Besetzung von «traditionellen Ämtern» durch Frauen mag zwar ein gutes Bild abgeben, doch es kann ihre Position auch schwächen. Denn offensichtlich werden die wichtigen agrar- und sozialpolitischen Entscheide zunehmend auf höherer politischer Ebene oder von den Funktionären der Kooperativen getroffen, wo Frauen kaum vertreten sind.

Fazit für die Fair Food Idee

«Fair» soll im Falle globaler Nahrungs-Wertschöpfungsketten nicht einseitig zu Gunsten derjenigen sein, die bereits zu besseren Bedingungen starten. Im konkreten Fall hiesse das, dass man etwa die Arbeitsbedingungen in eine Definition von «fair» einschliesst und hierbei die Geschlechterperspektive einfordert. Zudem wären Fragen zur Kinderbetreuung und der Arbeitsbelastung von Frauen ganz allgemein angebracht. Biologische Produktion ist häufig mit mehr Aufwand verbunden – etwa beim Jäten oder der Bekämpfung von Schädlingen. Arbeiten, die gemäss zahlreichen Studien mehrheitlich den Frauen angelastet werden.

Die Folgen des Preiszerfalls in Bolivien treffen jene hart, die ihre diversifizierten Anbaustrategien aufgegeben und voll in die Quinoa investiert haben. Fragen der sozialen Sicherheit und ihr Beitrag zu «Entwicklung» in Ländern des globalen Südens, insbesondere für Frauen und im Landwirtschaftsbereich, müssen im Licht solcher Marktdynamiken und der Exportorientierung neu bewertet werden. Allenfalls müsste sich auch die internationale Zusammenarbeit intensiver mit der Frage der Risikoabfederung und der sozialen Sicherheit in Arbeitsverhältnissen auseinandersetzen.

Ein weiteres Thema, das viel stärker in den Blick genommen werden könnte, ja müsste, ist die Unterstützung der Organisation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion und des Verkaufs.

Sabin Bieri forscht am Interdisziplinären Zentrum für nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) an der Universität Bern.

1 Dieser Text basiert auf der Forschung mit dem Titel «Feminisation, agricultural transition and rural employment (FATE)», welche unter der Leitung von Sabin Bieri im Rahmen eines Research-for-development-Programms finanziert wird. http://www.r4d.ch/modules/employment/feminisation-agricultural-transition-and-employment (14.12.2018)

2 https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jan/16/vegans-stomach-unpalatable-truth-quinoa (letzter Zugriff 3.9.2018)

ANNÄHERUNG AN DAS SCHWEIZER ERNÄHRUNGSSYSTEM MIT GENDERBRILLE

Heike Wach

Im folgenden Artikel soll die Unterschiedlichkeit zwischen Frauen am Beispiel verschiedener Interessengruppen im Schweizer Ernährungssystem näher betrachtet werden: Frauen als Arbeiterinnen im Tieflohnbereich der Lebensmittelbranche, als Konsumentinnen und Ernährerinnen mit unterschiedlichem Einkommen, und als Stimmbürgerinnen hier in der Schweiz. Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für eine geschlechterdifferenzierte Debatte um nachhaltige Nahrungsmittel herleiten?

Im Zusammenhang mit der Fair-Food-Kampagne war oft die Rede von mehr Ökologie und Sozialverträglichkeit im Spannungsfeld mit Wirtschaftlichkeit. Unterschiede zwischen Männern und Frauen wurden thematisiert, vor allem wenn es um Konsum und Abstimmungsverhalten in der Schweiz ging. Unterschiede zwischen Frauen fanden indes keine Beachtung.

Arbeiter*innen im Schweizer Nahrungsmittelsektor

In einem nachhaltigen Ernährungssystem sollten alle darin arbeitenden Menschen einen gerechten Lohn für ihre Arbeit erhalten, um ein gutes Leben zu führen. In der Schweiz sind die Preise von Nahrungsmitteln sehr tief, was sich auch in der Lohnsumme dieser Branche manifestiert. Existenziell davon betroffen sind die Arbeitskräfte, die sich in Tieflohnbereichen den Lebensunterhalt verdienen, vor allem in Teilzeit und als Saisonarbeitende.

Im Nahrungsmittelsektor findet 11% der Bevölkerung Beschäftigung[1]. Ein erheblicher Anteil der Arbeitsplätze mit geringem Einkommen liegt im Bereich der Nahrungsmittelproduktion, -verarbeitung, -verpackung und im -transport sowie im -verkauf. Auch Arbeitsstellen im Restaurationsbereich gehören zu dieser Kategorie, dort sind Menschen angestellt, die unsere Verpflegung ausser Haus gewährleisten, sei es in Kantinen, Spitälern oder an Schulen[2]. Gerade im Bereich der Hilfsarbeit bestehen zahlreiche Jobs, die in Teilzeit und ohne formelle Qualifikationen verrichtet werden können und deshalb schlecht bezahlt sind. Viele dieser Arbeiten werden von Migrant*innen geleistet und mehr als 75% der Teilzeitjobs von Frauen.

Die Zahlen zur Arbeitsmarktsituation in diesen Branchen werden branchenspezifisch kommuniziert, nicht aber nach Geschlecht. Entsprechende Statistiken existieren zwar, die Ergebnisse werden in der Öffentlichkeit indes kaum rezipiert. Wer sind diese Frauen, die im Niedriglohnbereich Teilzeit arbeiten? Reicht der effektive Lohn, um sich und eventuell noch eine Familie zu ernähren? Warum arbeiten so viele Frauen in diesen Branchen Teilzeit und was bedeutet das für ihre langfristige finanzielle und soziale Sicherheit, zum Beispiel im Alter? Droht gerade diesen Frauen Altersarmut?

Alle Menschen konsumieren Lebensmittel als Grundlage für Wohlbefinden und Gesundheit. Von Armut betroffene Menschen haben weniger Spielraum, im Supermarkt die teureren nachhaltigen Produkte zu kaufen als Kund*innen mit höherer Kaufkraft.

Personen mit einem geringen Einkommen, Familien mit mehr als zwei Kindern und Alleinerziehende tragen laut Caritas Schweiz ein hohes Armutsrisiko. Kurzarbeit, temporäre Arbeitsverhältnisse, fehlende oder zu teure Kinderbetreuungsplätze verschärfen die Situation. Das verfügbare Einkommen ist knapp. Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft in verschiedener Hinsicht diskriminiert werden, erleben zusätzliche Hindernisse, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen.

Alle diese Elemente haben eine Genderdimension. Dies manifestiert sich in einer

«Durchschnittlich geben wir 6,4% vom Haushaltsbudget für Nahrungsmittel aus. Je geringer das Einkommen, umso grösser wird der prozentuale Anteil für Lebensmittel.»

bestehenden Lohndifferenz von 17% in der Schweiz. Zudem zeigen die Lebensläufe, dass Familiengründung für Männer nach wie vor mehrheitlich mit einem Karrieresprung, für Frauen jedoch mit einem Karriereknick einhergeht, was zu weiteren Lohneinbussen führt. Haushalte mit nur einem Elternteil werden zu 80% von Frauen geführt. Frauen arbeiten vorwiegend Teilzeit und haben folglich eine schlechtere Altersversorgung[3]. Dies ist alles hinlänglich bekannt, Armutsstatistiken untermauern die Zuspitzung dieser Situation deutlich. «Armut ist weiblich», so das Fazit der Caritas[4].

«Working Poor», also armutsbetroffene Erwerbstätige sind Personen, welche trotz Anstellung unter der Armutsgrenze leben. Sie sind vor allem in Sektoren mit geringer Produktivität oder Niedriglöhnen beschäftigt[5], zu ihnen gehören die oben genannten Jobs in der Lebensmittelbranche, sowie in der Primärproduktion.

Die Preise würden bei Annahme der Initiative ansteigen, so eines der Hauptargumente der Gegner*innen der Fair-Food-Initiative. So könnten arme Familien ihr Essen kaum noch bezahlen. Es stellt sich dabei aber die Frage, welche Verantwortung die Lebensmittelbranche diesbezüglich hat. Wenn ausgerechnet die Löhne in der Lebensmittelbranche zu den tiefsten des Landes gehören und Produzent*innen von der Produktion der Lebensmittel ihren Lebensunterhalt nicht decken können, klingt dieses Argument zynisch. Vor allem, wenn es von Vertreter*innen mit der grössten Marktmacht der Kette kommt, wie z.B. dem Detailhandel oder den Lebensmittelkonzernen.

Für das Gros der Schweizer Bevölkerung sind Lebensmittel so billig, dass ein Aufschlag das Portemonnaie wenig belasten würde. Durchschnittlich geben wir 6,4% vom Haushaltsbudget für Nahrungsmittel aus beziehungsweise 12,5%, wenn der Verzehr ausser Haus mit einberechnet wird. Je geringer das Einkommen, umso grösser wird der prozentuale Anteil für Lebensmittel. Durchschnittlich wird bei den tiefsten Einkommen von einem Anteil zwischen 12 und 13% des Einkommens (exklusive Ausser-Haus-Verpflegung) ausgegangen[6]. Wenn das Geld knapp wird, wird auch bei den Lebensmitteln gespart. Bereits heute, bei verhältnismässig tiefen Preisen, können sich von Armut betroffene Menschen nicht die ihrem Bedarf entsprechenden Lebensmittel leisten[7].

Damit wird es zu einem Privileg der besser Verdienenden, Produkte zu kaufen, welche als nachhaltig gelten und damit einen entsprechenden Preis haben. Solange der Anteil sozialverträglicher Produkte marginal bleibt, ändern sich aber auch die Produktions- und Arbeitsbedingungen im Niedriglohnbereich der gesamten Branche entsprechend wenig. Eine flächendeckende Sozialverträglichkeit bei der Lebensmittelproduktion würde bestehende Machtverhältnisse in den Wertschöpfungsketten infrage stellen. Wie sich das auf die Preise auswirkt, ist schwierig vorherzusagen. Armutsbetroffene Familien sollten daher bereits jetzt gezielt darin Unterstützung erhalten, sich nachhaltig ernähren zu können, unabhängig von den Lebensmittelpreisen.

Werbeplakat für die «Mutter-Kind-Einkaufsliste»: Sind Mütter alleinig für die Zuwendung, das Kochen und den Einkauf verantwortlich? (Juli 2018)

Von Konsumentinnen und Müttern

Sorgearbeit ist zeitintensiv, ob für Kinder, Alte, Kranke, die Umwelt. Ein nachhaltiger, sorgsamer Konsum geht nicht auf Kosten von Umwelt, Arbeitsbedingungen und Tierwohl und orientiert sich am lokalen und saisonalen Angebot. Das braucht Zeit und weitere Ressourcen, wie Information, Mobilität oder Netzwerke. Ziel könnte sein, dass der Direktverkauf zwischen Produzent*innen und Konsument*innen gefördert wird. Die Preise für die Lebensmittel sind eher tiefer, da kein Zwischenhandel finanziert werden muss. Wer weniger Zeit hat, kann – wenn vorhanden - mit Geld kompensieren und im Supermarkt zertifizierte Produkte kaufen.

Noch im Jahr 2018 kommt die genderspezifische Rolle der Frauen im Zusammenhang mit Lebensmitteln in der Schweiz auf einem Werbeplakat deutlich zum Ausdruck: Die Werbung zeigt eine fürsorgliche Mutter, die aus Zeitmangel zur Fertigmahlzeit greift, denn das Elternsein ist heutzutage anspruchsvoll und von Frauen wird erwartet, dass sie noch mehr Rollen erfolgreich unter einen Hut packen.

Das Plakat unterstreicht, dass in Haushalten mit Kindern die Mutter/Frau für den Einkauf und die Zubereitung der Lebensmittel verantwortlich ist. Vermutlich ungewollt, greift die Werbung indirekt auch das Thema der Betreuungslücke auf: In Haushalten, in denen alle Erwachsenen einer Lohnarbeit nachgehen müssen, fehlt oft die Zeit für Sorgearbeit, unter anderem auch aufgrund der langen Arbeitszeiten und einem geringen schulexternen Betreuungsangebot. Diesen Zeitmangel bekommen vor allem Frauen aufgrund der traditionellen Rollenaufteilung zu spüren. Mit entsprechenden finanziellen Mitteln ist es möglich, die Zeit fürs Kochen zu reduzieren: durch Verpflegung ausser Haus oder entsprechend aufbereitete Produkte, zum Beispiel aus der Tiefkühltruhe.

Konsumentscheide haben vielfältige Motive: Essen kann Stress kompensieren, ist Ausdruck sozialer Zugehörigkeit, und wird auch eingesetzt, um Zuneigung zu zeigen und Anerkennung zu erlangen. Das breite Spektrum an Fertigprodukten bietet für jeden Geldbeutel etwas an, aber billige Kalorien sind häufig auch ernährungsphysiologisch weniger nachhaltig. Wenn das Bewusstsein für gesunde Ernährung gering ist, zum Beispiel aufgrund fehlender Informationen und Zugangschancen, kann das vielfältige Angebot der Lebensmittelbranche dazu verleiten, zu billigen, nährstoffarmen Produkten zu greifen. Frauen tragen durch ihre Rollenzuschreibungen eine existenzielle Verantwortung und es stellt sich die Frage, wer den Preis für die billigen Lebensmittel bereits heute zahlt.

Im Zusammenhang mit einer nicht ausgewogenen Ernährungsweise ist Übergewicht häufig mit Fehlernährung verknüpft, mit langfristigen Folgen für die Gesundheit und das Wohlbefinden. In der Schweiz gilt etwa ein Viertel aller Jugendlichen als übergewichtig, überproportional betroffen sind zum Beispiel in der Region Basel Mädchen aus ökonomisch schwachen Familien[8]. Während in der Schweiz allgemein Frauen weniger übergewichtig sind als Männer, ist es bei der Gruppe mit geringer Bildung gerade umgekehrt[9].

«Sorgearbeit ist zeitintensiv, ob für Kinder, Alte, Kranke oder die Umwelt. Ein nachhaltiger, sorgsamer Konsum geht nicht auf Kosten der Umwelt, Arbeitsbedingungen und Tierwohl.»

Stimmbürgerinnen für Fair Food?

Die letzte Gruppe, die hier erwähnt werden soll, sind die Stimmbürgerinnen. Sie haben sich im Vergleich zu den Stimmbürgern im Vorfeld gesamthaft eher für die Fair-Food-Initiative ausgesprochen. Das Ergebnis deckt sich mit der Aussage, dass sich Frauen generell etwas stärker für Nachhaltigkeit aussprechen als Männer[10]. Dieses Phänomen wurde von der Presse aufgenommen. Der Kommentar von FDP-Nationalrat Walter Müller im Newsblatt «20 Minuten»: «Sie machen häufiger den Einkauf und haben eine grosse Affinität zu gesunden Lebensmitteln aus der Region.» Frauen seien eben ein wenig emotionaler und hätten ein Herz für Tiere. Aber: «Jetzt müssen wir den Frauen erklären, dass die beiden Initiativen ihre Erwartungen nicht erfüllen werden. Rational gesehen führen die Initiativen nicht zu gesunden Lebensmitteln, die auch noch erschwinglich sind.»[11]

Walter Müller griff damit ein uraltes Vorurteil auf: Frauen sind emotional und verstehen die grossen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht. Er widerspiegelt damit die starke Ablehnung der Fair-Food-Initiative bei Männern aus der Deutschschweiz – im gehobenen Alter und mit höherem Einkommen. Menschen mit kleinem Budget haben nämlich noch im September die Fair-Food-Initiative am stärksten unterstützt[12].

In den Tagen nach der Abstimmung wurde noch gesagt, dass schweizweit 45% aller Frauen der Initiative zugestimmt haben[13]. In der entsprechenden VOTO-Studie wurde allerdings festgestellt, dass die Unterschiede nicht signifikant waren[14]. In Genf, wo die Initiative angenommen wurde, haben somit wohl mehr Männer für die Initiative gestimmt als Frauen im Kanton Obwalden, dem Kanton mit der deutlichsten Ablehnung. Derweil haben sich junge Leute, sowohl Frauen als auch Männer, häufiger für Fair Food ausgesprochen. Das stärkste Kriterium waren existierende Konsummuster – wer jetzt bereits auf nachhaltige Lebensmittel und Ernährung schaut, wünscht sich ein entsprechendes staatliches Engagement mit klaren Richtlinien, die für alle Lebensmittel gelten.

Fazit

Im Schweizer Ernährungssystem hängt Gendergerechtigkeit mit einer geschlechts-spezifischen Rollenzuordnung und Bewertung der Arbeit zusammen. Frauen sind wirtschaftlich tätig als bezahlte Arbeitskräfte und als unbezahlte Care-Arbeiterinnen. In der Wahrnehmung werden die strukturellen Bedingungen zu Gunsten der zugeschriebenen, oft verklärenden Rollenbilder verdeckt. Frauen, als Ernährerinnen und Konsumierende erscheinen als Hauptverantwortlichen für die gesunde Ernährung ihrer Familien.

Einkommensschwache Familien sind besonders betroffen, da hier knappe Ressourcen dazu führen, dass es im Ernährungsbereich überproportional zu Defiziten kommt. Tiefe Preise von Lebensmitteln für alle auf Kosten der Nachhaltigkeit kann dieses Problem nicht lösen.

Der Blick in die unterschiedlichen Nischen des Ernährungssystems zeigt Bereiche auf, in denen der Anspruch von Sozialverträglichkeit mit einer feministischen Perspektive ergänzt

werden sollte. Aus der obenstehenden Reflexion ergeben sich folgende Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft:

- Eine Debatte um Fairness entlang der Wertschöpfungsketten müsste die entsprechenden Arbeitsplätze hier in der Schweiz differenziert nach Geschlecht analysieren, Trends aufzeigen und daraus entsprechende Massnahmen formulieren, die zu mehr Gendergerechtigkeit führen.
- In den am tiefsten bezahlten Segmenten der Lebensmittelbranche wäre eine rechtliche und wirtschaftliche Absicherung der Angestellten auch bei kleinen Pensen notwendig, um die bestehende Prekarität zu vermindern;
- Die Verantwortung für Sorgearbeit sollte gesellschaftlich breiter abgestützt und wirtschaftlich aufgewertet werden, indem alle Menschen Zugang zu ausreichend gesunden und fair produzierten Nahrungsmitteln erhalten, ohne dass dabei die Arbeitslast von Frauen weiterwächst. Dies könnte durch qualitativ hochwertige schulergänzende Angebote, gezielte Unterstützung für Haushalte mit geringem Einkommen, sowie angepasste Leistungen der Sozialversicherungen für unbezahlte Care-Arbeit geschehen;

Damit könnte eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zusammenhänge innerhalb des Schweizer Ernährungssystems lanciert werden, in der auch die Sorge um Mensch und Umwelt ein Anliegen ist und die, gendergerecht, neue Arten von politischen und wirtschaftlichen Ansätzen hervorbringt.

Heike Wach, Mitglied der Redaktion (siehe S.48)

1 Taschenstatistik Landwirtschaft und Ernährung 2017

2 Sektoren mit den tiefsten Löhnen sind gemäss der Lohnerhebung des BFS von 2016 in der «Verarbeitung: Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken» (15% unter dem Medianlohn); im «Detailhandel» (−23%) und «Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie» (−18%) zu finden. Die Medianlöhne sind − bei einem Vollzeitäquivalent − alle weit über der Armutsgrenze. Mit Ausnahme des «weiblichen» Detailhandels sind beide Geschlechter gleichermassen vertreten. Zahlen für die Primärproduktion sind nicht geschlechterdifferenziert verfügbar. Während in der Gesamtwirtschaft 70% aller Teilzeitarbeitenden Frauen sind, sind in diesen Sektoren zwischen 76–82% der Teilzeitarbeitenden weiblich.

3 M. Madörin: Die kleingerechnete Ungerechtigkeit. Widerspruch 71/18

4 https://www.caritas.ch/de/aktuelles/blog/detail/blog/armut-ist-weiblich.html?no_cache=1

5 Crettaz E 2018: Working Poor in der Schweiz – Ausmass und Mechanismen; https://www.socialchangeswitzerland.ch/?p=1514

6 BFS-Haushaltsbudget-Statistiken von 2016 mit Daten bis 2014

7 Luzerner Zeitung vom 8. Januar 2019: «Zu wenig Geld für ein Sandwich»; https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/zu-wenig-geld-fur-ein-sandwich-ld.1083636

8 BZ- Artikel vom 8.12.2018 und http://www.statistik.bs.ch/zahlen/faltblaetter/gesundheit.html

9 MenuCH-Bericht 2017, Seite 34

10 Gfs Hintergrundbericht 2. Welle der „SRG Trend-umfragen“ zur Volksabstimmung vom 23.9. 2018

11 20 Minuten vom 29.8.2018: https://www.20min.ch/schweiz/news/story/Fair-Food-Initiative-ueberzeugt-nur-die-Frauen-24053022

12 Gfs Hintergrundbericht 2. Welle der „SRG Trend-umfragen“ zur Volksabstimmung vom 23.9. 2018

13 Tagesanzeiger vom 25.9.2018: https://www.tages-anzeiger.ch/schweiz/standard/deutlich-mehr-jastimmen-von-frauen-und-juengeren-bei-den-agrarinitiativen/story/31065837

14 http://www.voto.swiss/wp-content/uploads/2018/11/VOTO_Bericht_23.09.2018_DE.pdf

Foto rechte Seite: Tina Goethe, Brot für Alle

MACHT.

HANDEL JA – ABER WIE?

VON WELCHEM HANDEL PROFITIEREN KLEINBAUERN-FAMILIEN IN AFRIKA? INWIEWEIT SIND KLEINBÄUER*INNEN IN AFRIKA VON INTERNATIONALEN HANDELSABKOMMEN BETROFFEN?

Gespräch mit Nyagoy Nyong'o, Elizabeth Mpofu, Marie Crescence Ngobo

Marie Crescence Ngobo ist Geschäftsführerin des Unternehmens Grenier, Koordinatorin des Netzwerks für nachhaltige Entwicklung (RADD) und Vorsitzende des Verwaltungsrates von COSECAM. Sie lebt und arbeitet in Kamerun.
Grenier ist ein Unternehmen auf dem Gebiet der Trocknung von Früchten und Gemüse. Es arbeitet in einem Gebiet mit 30000 Einwohnern, davon 80% Bäuer*innen mit sehr kleinen Landwirtschaftsbetrieben; COSECAM vereint etwa 15 von Frauen geführte Agrar- und Ernährungsunternehmen; RADD schult und unterstützt Frauengruppen bei der Verarbeitung und Vermarktung lokaler Produkte in verschiedenen Ländern Afrikas. Seit einigen Jahren engagiert sich RADD vermehrt auch für den Kampf von Frauen um ihre Rechte an Land und körperlicher Unversehrtheit.

Nyagoy Nyong'o ist Generalsekretärin von Fairtrade Africa.
Fairtrade Africa ist ein Zusammenschluss aller Fairtrade-zertifizierten Produzent*innenorganisationen in Afrika. Die Organisation arbeitet mit Produzent*innen, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und den Regierungen, um die Interessen der Bäuer*innen sowie der Arbeitnehmenden zu wahren.

Elizabeth Mpofu ist Generalkoordinatorin von La Via Campesina.
La Via Campesina ist eine internationale Bewegung, die Millionen von Bäuer*innen zusammenbringt und sich für Ernährungssouveränität als Mittel für soziale Gerechtigkeit und Würde einsetzt. Sie lebt und arbeitet in Zimbabwe.

Sind internationale Handels- und Landwirtschaftsabkommen für Kleinbauernfamilien in Afrika relevant?

Nyagoy Nyong'o: Internationale Handelsabkommen können alle Bäuer*innen in Afrika betreffen. Sie legen den Zugang zu ausländischen Märkten fest und wirken sich primär auf diejenigen aus, die von Wertschöpfungsketten der Exportprodukte (Blumen, Kaffee, Tee, Kakao, Avocados und ähnliches) abhängen und durch die Abkommen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden. Zudem wirken sich Handelsabkommen auf die Möglichkeiten eines Staates aus, ausländisches Kapital zu bekommen. Damit betreffen sie alle Bürger*innen afrikanischer Länder, einschliesslich der Landwirt*innen.

Elizabeth Mpofu: In Afrika wird die Landwirtschaft zu 80% von Kleinbäuer*innen betrieben. Ihre lokale Produktion ist nicht kompatibel mit der industriellen, exportorientierten Landwirtschaft, die durch internationale Handelsabkommen geregelt wird. Diese Abkommen schaden den Kleinbetrieben eher, als dass sie ihnen nützen, während sie Grossbauern zum festen Bestandteil agroindustrieller Wertschöpfungsketten machen. Mit der Konsequenz, dass Landraub und die staatliche Enteignung von Kleinbäuer*innen weitergehen.

Marie Crescence Ngobo: Die Bäuerinnen und Bauern in den ländlichen Regionen, mit denen wir arbeiten, haben wenig Kenntnisse von internationalen Handelsabkommen. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern, EPAs) werden von unseren Regierungen ausgehandelt und ratifiziert. Sie haben die Kleinproduzent*innen an der Basis jedoch nicht darüber informiert, es hat keine Sensibilisierung stattgefunden. Nur eine Elite von Produzent*iInnen in afrikanischen Ländern profitiert davon. Die Bedeutung dieser Abkommen für die Staaten ist schwer abzuschätzen. Die kleinen Produzent*nnen können jedoch sicher kaum davon profitieren. Diese Abkommen nützen den Bäuer*innen praktisch nichts.

Welche Agrar- und Handelspolitik erwarten Sie von Europa, damit Afrikas Landwirtschaft sich in eine Richtung entwickelt, die auch der lokalen Landwirtschaft etwas nützt?

Nyagoy Nyong'o: Wichtiger ist die Frage, was wir von den afrikanischen Ländern selbst erwarten. Dabei gibt es mehrere Massnahmen, welche Afrikas Landwirtschaft weiterentwickeln könnten: eine protektionistischere Politik, die Mechanisierung, der Einsatz fortschrittlicher Technologien zur Senkung der Produktionskosten, die Stärkung des Handels zwischen afrikanischen Ländern sowie bessere Korruptionsbekämpfung. Die europäischen Länder ihrerseits sollten Zölle und Handelshemmnisse abbauen, um afrikanischen Produkten einen Wettbewerbsvorteil auf ihren Märkten zu verschaffen.

Elizabeth Mpofu: Die EU-Politik sollte lokale Initiativen fördern, die sich für die Steigerung der Produktivität und für den innerafrikanischen Handel engagieren. Wichtig ist, dass die politischen Interventionen nachhaltige agroökologische Produktionsmethoden stärken und die Ernährungssouveränität der afrikanischen Länder berücksichtigen. Ich denke dabei etwa an die Schaffung lokaler Märkte, die ländliche Entwicklung und die Förderung von besseren Verbindungen zwischen Landwirtschaft und Industrie durch stabilere Wertschöpfungsketten. Damit können die Kosten der Nahrungsmittelimporte reduziert werden.

Marie Crescence Ngobo: Die afrikanischen Regierungen müssen sich endlich wieder selbst um die Landwirtschaft kümmern und die kleinbäuerlichen Betriebe unterstützen. Viele afrikanische kleinbäuerliche Haushalte sind sich selbst überlassen, die Situation der Bäuerinnen ist dabei besonders prekär. Doch in den ländlichen Gebieten gibt es viele engagierte Menschen. Leider sind sie nicht gut miteinander vernetzt, um eine nachhaltige Entwicklung fördern zu können.

Die Handelsabkommen müssen sich insbesondere auf diese Kleinproduzent*innen ausrichten, indem diese über einen langen Zeitraum technische, finanzielle und organisatorische Unterstützung auf lokaler

«Die Förderung von demokratischen Grundsätzen und die Stärkung der Kleinproduzent*innen [durch Fairtrade] machen diese zu Akteur*innen ihrer eigenen Entwicklung.»

Ebene erhalten. Erst so wird sich auch die Art der Zusammenarbeit langfristig ändern. Die kleinen Produzent*innen müssen sich organisieren und grosse regionale Gruppen für die Umsetzung der Massnahmen bilden. Sie müssen das gesamte Staatsgebiet abdecken und so handeln, dass die Entscheidungen im Sinne er kleinsten Produzent*innen an der Basis sind und ihnen zugute kommen.

Inwieweit ist der Faire Handel für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Afrika relevant?

Nyagoy Nyong'o: Der Fairtrade-Standard ist sehr wichtig, da er die sozioökonomischen und ökologischen Probleme umfassend angeht. Er beruht auf der gerechten Verteilung der Gewinne entlang der gesamten Wertschöpfungskette und führt zu einer nachhaltigen Existenzsicherung. Er fördert die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, den Schutz der Umwelt, die Gleichstellung von Mann und Frau, den Kindesschutz und die Integration der Jungen in die Landwirtschaft. Er sorgt dafür, dass die Vorteile der Produktion und des Handels genutzt werden können, ohne die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung zu gefährden.

«Fairtrade darf nicht den Anreiz geben, ein Produkt in Monokultur anzubauen. Sonst besteht das Risiko, die Ernährungssicherheit zu gefährden.»

Elizabeth Mpofu: Aus meiner Sicht kann ein Fairtrade-Standard nur in einem System funktionieren, das auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. Doch unser aktuelles Handelssystem ist nicht ausgewogen. Es bevorteilt die Industrieländer und basiert auf der Ausbeutung Afrikas und anderen Entwicklungsregionen. Das zeigt sich an den aktuellen Handels- und Investitionsabkommen, welche den Handlungsspielraum der afrikanischen Regierungen stark einschränken zugunsten der reichen Länder.

Marie Crescence Ngobo: Fairtrade bietet als alternativer Ansatz zum konventionellen Handel eine interessante und vielversprechende Chance für kleine Produzent*innen. Er ist der Kern einer wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung. Der Faire Handel fördert die integrative Entwicklung durch globale Unterstützung, die über die Handelsbeziehungen hinausgeht. Die Förderung von demokratischen Grundsätzen und die Stärkung der Kleinproduzent*innen machen diese zu Akteur*innen ihrer eigenen Entwicklung. Das gibt ihnen die Chance, mit mehr Autonomie und Unabhängigkeit zu handeln. Die Fairtrade-Programme bieten einen Strauss von motivierenden Massnahmen, unter anderem die Vorfinanzierung der Produktion, die Sicherstellung der Vermarktung in vielversprechenden Märkten und die Unterstützung bei der Erfüllung der Anforderungen. Mit geregelten und konstanten Einkommen können Produzent*innen ihre Entwicklung auf der Ebene von Familien und der Gemeinschaften kurz-, mittel- und langfristig planen.

Wichtig ist jedoch, dass dieses Produktionssystem - aufgrund der guten Einnahmen - nicht den Anreiz gibt, ausschliesslich ein Produkt in Monokultur anzubauen. Sonst besteht das Risiko, die Ernährungssicherheit zu gefährden. Der Faire Handel soll gefördert werden, aber die erzielten Gewinne müssen richtig eingesetzt und die Ernährungssicherheit und -souveränität sollen gestärkt werden.

«Aus meiner Sicht kann ein Fairtrade-Standard nur in einem System funktionieren, das auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. Doch unser aktuelles Handelssystem ist nicht ausgewogen.»

Wie viele Menschen profitieren im Süden vom Fairen Handel? Wer gewinnt, wer verliert?

Nyagoy Nyong'o: Zum aktuellen Zeitpunkt sind Fairtrade-Produzent*innen auf internationale Wertschöpfungsketten angewiesen. Obwohl sie zunehmend auch auf lokale Absatzmärkte setzen, haben sie es hier viel schwerer, da der Faire Handel im Norden scheinbar mehr geschätzt wird als im Süden. Damit verbunden ist die Gefahr, dass Produzent*innen ihre Erzeugnisse hauptsächlich an die Bedürfnisse ausländischer Märkte anpassen. Würden die Produkte vermehrt auch im Produktionsland abgesetzt und weiterverarbeitet, könnten noch viel mehr Menschen profitieren.

Elizabeth Mpofu: Um den Agrarsektor anzukurbeln, setzen sie auf Direktinvestitionen aus dem Ausland und verfolgen eine Politik, die hauptsächlich den Interessen der Investor*innen dient und die Situation der Bauernfamilien, etwa durch Landraub, zusätzlich verschlimmert.

Marie Crescence Ngobo: Der Anteil an Bauernfamilien, die vom fairen Handel profitieren, ist nach wie vor sehr gering. Wir müssen diesen alternativen Handel, der Hoffnung für kleinere Produzent*innen weckt, weiter fördern.

Fairtrade legt für jedes Glied der Wertschöpfungskette die möglichen Gewinnanteile fest. Jede Akteur*in in dieser Kette muss dabei gewinnen, und es wäre deshalb falsch, von Verlier*innen in diesem System zu sprechen. Die Einhaltung des Win-win-Prinzips ist Voraussetzung für die Zertifizierung von Fairtrade Systemen. Alles was erforderlich ist, sind strenge und rigorose Kontrollen.

Was sind Ihrer Meinung nach die Chancen und Risiken der landwirtschaftlichen Produktion, die vor allem für den Export produziert?

Nyagoy Nyong'o: Die Exportprodukte bieten dem Staat eine Möglichkeit, Devisen zu generieren. Den Produzent*innen ermöglichen sie die Erschliessung neuer Märkte. Eine globale Wertschöpfungskette bietet die Möglichkeit, über eine ethische Produktion - einschliesslich des Konzepts des fairen Handels - zu diskutieren.

Es bestehen jedoch auch Risiken. Wenn die landwirtschaftliche Produktion in erster Linie für den Export bestimmt ist, wirkt sich dies auf die Ernährungssicherheit und -souveränität aus. Wenn die lokale Wertschöpfung vernachlässigt wird, kann sich dies negativ auf den Entwicklungsprozess auswirken, zum Beispiel bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Elizabeth Mpofu: Die Möglichkeiten sind gering und kommen nur wenigen Bäuer*innen zugute. Die Risiken, die in mehreren Ländern zu beobachten sind, sind hingegen vielfältig. Die meisten afrikanischen Regierungen wollen ausländische Direktinvestitionen anziehen, um ihren Agrarsektor vorwärtszubringen. Sie richten ihre Politik daher meistens auf die Bedürfnisse der Investoren aus, oft zum Nachteil der Kleinbauernfamilien. Das Ziel war eine Modernisierung der afrikanischen Landwirtschaft, um der Nachfrage der internationalen Agrarmärkte gerecht zu werden. Doch dies hat uns

daran gehindert, Hunger und Armut erfolgreich zu bekämpfen, beispielsweise weil Landgrabbing zugenommen hat.

Marie Crescence Ngobo: Die grösste Chance ist die Aufbruchstimmung auf den Märkten. Die Zahlungen erfolgen in Fremdwährungen, was die Rentabilität für die Produzent*innen erhöht. Dieser Markt ist kaum begrenzt, also gross genug und somit praktisch garantiert. Der Export schlägt eine Brücke zwischen den Volkswirtschaften des Nordens und des Südens. Diese Verbindung kann im Hinblick auf die Verbesserung der Produktionstechniken gewinnbringend sein. Der Welthandel kann Arbeitsplätze auch in ländlichen Gebieten schaffen und so die Landflucht eindämmen.

Doch wir müssen unterscheiden zwischen dem konventionellen und dem Fairen Handel. Die genannten Vorteile gelten vor allem für den Fairen Handel. Beim konventionellen internationalen Agrarhandel haben die lokalen Produzent*iInnen keinen Einfluss auf die Preisbildung und sind den schwankenden Weltmarktpreisen ausgeliefert. Generell besteht das Risiko, dass sich Produzent*innen auf den Anbau von Exportprodukten konzentrieren und die Nahrungsmittelproduktion vernachlässigen, welche seit jeher die Selbstversorgung und somit auch Ernährungssicherheit und -souveränität gedient hat. Die Exportprodukte können also zu Nahrungsmittelknappheiten bei der lokalen Bevölkerung führen.

Zudem werden für die Exporte grosse Flächen Ackerland benötigt und es besteht die Gefahr, dass die negativen Folgen des Landgrabbings für die einheimische Bevölkerung, insbesondere für die Frauen, wieder zunehmen werden.

Viele Stimmen in Afrika sind gegenüber dem internationalen Agrarhandel kritisch, da dieser auch negative Auswirkungen auf den Zugang zu Land, Wasser und Saatgut hat. Wie lautet Ihre Position dazu?

Nyagoy Nyong'o: Der internationale Handel dient oft eher den Interessen der ausländischen Marktakteure als den lokalen Bedürfnissen, dies kann zu einem Machtmissbrauch führen. Fairtrade setzt sich für eine nachhaltige Produktion auf der Grundlage von Solidaritätsentwicklung, fairem und gerechtem Handel und gutem Umweltmanagement ein. Eine visionäre Agrarpolitik sollte alle Elemente des Fairtrade-Standards einbeziehen und auf dem Konzept des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion des UNO-Umweltprogramms begründen. Dieser Ansatz will die negativen Umweltfolgen von Konsum- und Produktionssystemen reduzieren und die Lebensqualität für alle fördern. Der Fairtrade-Standard ergänzt diesen Ansatz, indem er auch die sozioökonomische und ökologische Entwicklung berücksichtigt.

Elizabeth Mpofu: Der internationale Agrarhandel, der von der Vorherrschaft einiger Industrieländer, insbesondere der Vereinigten Staaten, geprägt ist, basiert auf unmoralischen und unethischen Grundlagen. Er wird von einigen wenigen multinationalen Unternehmen dominiert, die ihre Marktstellung nutzen, um den Überschuss an gesundheitsschädlichen Lebensmitteln abzubauen, so wurden nachhaltige und dynamische Agrarsysteme zerstört und durch industrielle Agrarmethoden ersetzt.

«Der Welthandel kann Arbeitsplätze auch in ländlichen Gebieten schaffen und so die Landflucht eindämmen.»

«Das Ziel war eine Modernisierung der afrikanischen Landwirtschaft, um der Nachfrage der internationalen Agrarmärkte gerecht zu werden. Doch dies hat uns daran gehindert, Hunger und Armut erfolgreich zu bekämpfen, beispielsweise weil Landgrabbing zugenommen hat.»

Die Ernährungssouveränität hingegen ist die Grundlage, auf der jede Vision einer zukunftsweisenden Agrarpolitik beruhen sollte. Sie stärkt lokale Ernährungs- und Produktionssysteme und macht widerstandsfähig gegenüber den Turbulenzen und der Ausbeutung durch globale Handelsströme. Ihr oberstes Ziel ist es, dass Bäuer*innen traditionelles, an ihre Umwelt und Kultur angepasstes Saatgut mit nachhaltigen agroökologischen Methoden anbauen können.

Marie Crescence Ngobo: Bei der genauen Betrachtung des internationalen Agrarhandels, gibt es viele negative Auswirkungen, die unvermeidlich sind. Grosse Monokulturen, die von ausländischen Unternehmen geführt werden, sind eine echte Katastrophe, nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die lokale Bevölkerung.

Diese Produktionssysteme umfassen Hunderttausende Hektar fruchtbares Land. Die gesamte vorhandene Biodiversität wird zerstört zugunsten des Anbaus einer einzigen Nutzpflanze.

Dieses System muss überdacht werden. Es braucht dringend Alternativen, eine Entwicklung im Sinne der lokalen Bevölkerung, die den Interessen der Produzent*innen und Lohnarbeiter*innen Rechnung trägt. Die Situation der Frauen vor Ort ist besonders prekär. Ihnen wird das Land weggenommen. Sie verlieren somit ihre wichtigste Ressource, um die Haushaltsmitglieder zu ernähren. Die Verzweiflung wächst, Hungersnöte und Konflikte brechen aus und die Gemeinschaft lebt in tiefer Ungewissheit und Unsicherheit. Der Druck des internationalen Agrarhandels auf lokale, kleinräumige Anbauflächen steigt. Zudem wird der Zugang zu Wasser und Saatgut für viele kleine Produzent*innen zum grossen Problem. Das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Verarbeitung, der Erhalt und die Diversifizierung lokaler Produkte hingegen bekämpfen Hunger, Unterernährung und Armut. Der lokale Agrar- und Ernährungssektor ist eine Beschäftigungs- und Einkommensquelle für Frauen und Jugendliche.

Die Diskussion mit Nyagoy Nyong'o und Elizabeth Mpofu wurde von Tiziana Conti von Fastenopfer aufgezeichnet. Das Interview ist in verkürzter Form im Dossier 2/2018 «Agrarhandel: Was bleibt dem Süden?» von Brot für alle und Fastenopfer erschienen.
Für die vorliegende Publikation ergänzte Christine Badertscher (Mitglied der Redaktion, siehe S. 48) nach einem weiteren Gespräch die Perspektive von Marie Crescence Ngobo aus Kamerun.

PORTO LOKO DEKLARATION

DIE EXPANSION INDUSTRIELLER PALMÖLPLANTAGEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF FRAUEN

35 Vertreterinnen aus West- und Zentralafrika

Hintergrund zur Deklaration

In den letzten 15 Jahren sahen sich die Länder West- und Zentralafrikas mit einer rasanten Expansion monokultureller Ölpalmplantagen konfrontiert. Mit dem falschen Versprechen, den lokalen Gemeinschaften «Entwicklung» zu bringen, haben Unternehmen mit staatlicher Unterstützung Millionen von Hektar Land im Rahmen von Konzessionen für den Ausbau industrieller Ölpalmplantagen erhalten. Für die lokalen Gemeinschaften und insbesondere für die Frauen in der gesamten Region ist diese Entwicklung verheerend.

Seit 2013 unterstützt Brot für alle Organisationen aus West- und Zentralafrika, sich zu vernetzen und auszutauschen. An mehreren regionalen Treffen wurden gemeinsame Strategien entwickelt, um den Widerstand gegen diese Expansion zu stärken. Dabei wurde immer deutlicher, dass die Auswirkungen der Ölpalmplantagen auf Frauen differenziert betrachtet werden müssen. Auch die Rolle von Frauen im Widerstand ist zentral und braucht besondere Unterstützung. In den Workshops, die gezielt von und für Frauen organisiert wurden, sind wichtige Räume entstanden, in denen die Arbeit, der Widerstand und das Engagement von Frauen im Zentrum stehen. Dort kommen unter anderem auch das traditionelle Wissen und Praktiken über die Nutzung einheimischer Ölpalmen zur Sprache. Denn die traditionelle Verarbeitung und Vermarktung des Palmöls – ein unverzichtbarer Bestandteil der west- und zentralafrikanischen Küche – sind ein wichtiger Wirtschaftszweig für Frauen, den sie mehr und mehr an die Plantagenfirmen verlieren.

Im August 2017 trafen sich 35 Frauen aus dem Norden, Süden und Osten Sierra Leones – alle von industriellen Ölpalmplantagen betroffen – sowie Vertreterinnen aus Kamerun, Liberia und Guinea. Der Workshop wurde mit dem sierra-leonischen Netzwerk für das Recht auf Nahrung (Silnorf), der Women›s Action for Human Dignity und den internationalen Organisationen GRAIN, World Rainforest Movement und Brot für alle organisiert. Zum Abschluss verfassten die Teilnehmerinnen die Port Loko Deklaration.

Die Erklärung wurde im Original auf Englisch und Französisch verfasst und für diese Publikation von Heike Wach und Tina Goethe übersetzt.
https://wrm.org.uy/actions-and-campaigns/port-loko-declaration-women-say-we-want-our-lands-back/

UNTERZEICHNENDE

Women's Action for Human Dignity, Sierra Leone
Women's Forum, Sierra Leone
Human Rights Committee, Sierra Leone
Sabulla Women's Association, Sierra Leone
Women's Center for Human Rights and Progress, Sierra Leone
Tamaraneh Women's Association, Sierra Leone
Women's Initiative Forum for Empowerment (WIFE), Sierra Leone
Advocacy Movement Network, Sierra Leone
Defense for Children, Sierra Leone
Culture Radio, Sierra Leone
Association pour le Développement Durable et la Protection de l'Environment en Guinée (ADAPE-Guinée), Guinée Conakry
Women's Forum for Human Rights and Democracy, Sierra Leone
Maluwa Landowners and User Association, Sierra Leone
Surprise Dem Social Club, Sierra Leone
Kataittmma Women's Association, Sierra Leone
Munafa Awnie Bom, Sierra Leone
Dimdin Women's Association, Sierra Leone
Tawopaneh Women's Association, Sierra Leone
Makula Landowners and Users Association, Sierra Leone
The Natural Resource Women Platform, Liberia
Sierra Leone Network for the Right to Food (SiLNoRF), Sierra Leone
United for the Protection of Human Rights, Sierra Leone
RADD, Cameroon
World Rainforest Movement
Brot für alle
GRAIN

PORT LOKO DEKLARATION

«WIR FRAUEN AUS WEST- UND ZENTRALAFRIKA WOLLEN UNSER LAND ZURÜCK!»

Wir, Aktivistinnen von Frauengruppen und Dorfgemeinschaften, die von der Ausweitung industrieller Monokulturen, insbesondere Ölpalmplantagen, aus allen Regionen Sierra Leones und verschiedenen Ländern West- und Zentralafrikas betroffen sind;
wir, nationale und internationale Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen und lokalen Gemeinschaften in Afrika, Lateinamerika und Asien einsetzen und diese Erklärung unterzeichnet haben, trafen uns vom 14. bis 15. August 2017 in Port Loko, Sierra Leone.

in Anbetracht der zentralen Rolle, die Frauen bei der Versorgung ihrer Familien und der Sicherung der Ernährung ihrer Kinder spielen;

in Anbetracht der fundamentalen Bedeutung des Landes bei der Produktion von Nahrungsmitteln für unsere Familien;

in Anbetracht der Vielfalt der traditionellen Verwendung von Ölpalmen, die von Lebensmitteln über Baumaterialien bis hin zu Arzneimitteln reicht, und mehr als 30 verschiedene Produkte von grosser Bedeutung für den Lebensunterhalt von Frauen liefert;

in Anbetracht der Auswirkungen und Menschenrechtsverletzungen, denen Frauen ausgesetzt sind, insbesondere der dramatischen Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder, als Folge von Zugeständnissen an Palmölunternehmen, die in die Territorien der Gemeinschaften eindringen;

in Anbetracht der Verpflichtung der Regierungen, die Rechte von Menschen und insbesondere Frauen zu schützen, wie sie in mehreren internationalen Menschenrechtskonventionen verankert sind, die sie unterzeichnet haben;

in dem Bewusstsein, dass Frauen eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Landraub und die Enteignung ihrer Gemeinschaften spielen;

VERURTEILEN WIR IN ALLER DEUTLICHKEIT…

…Monokulturen, insbesondere Ölpalmplantagen, die Frauen ihre wesentlichen Lebensgrundlagen entziehen, indem sie die landwirtschaftlichen Flächen und Wälder beanspruchen und in Plantagen umwandeln, von denen Frauen für ihren Lebensunterhalt und die Ernährung ihrer Familien abhängen.

… die Ausweitung von Ölpalmplantagen, die zu einem erheblichen Anstieg der lokalen Lebensmittelpreise führen. Denn durch den Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Nahrungsmittelproduktion, müssen Lebensmittel aus weit entfernten Gebieten importiert werden, was die Ernährungssicherheit zusätzlich gefährdet.

… Unternehmen die den lokalen Dorfgemeinschaften viele Versprechungen machen (zum Beispiel Schulen oder Krankenhäuser), die nie erfüllt werden.

… dass Frauen in die relevanten Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit Ölpalmplantagen nicht einbezogen werden. Sie werden weder zu Treffen eingeladen noch konsultiert. Frauen dürfen in den Ländern der Region nicht einmal Land besitzen oder kaufen.

… dass infolge dessen nur Männer in diese Entscheidungsprozesse einbezogen werden und Familien ohne männliche Mitglieder ausgeschlossen werden.

… traditionelle Dorfchefs und Autoritäten, die Bestechungsgelder annehmen, was oft dazu führt, dass Zugeständnisse ohne die Zustimmung der Frauen und der Gemeinschaft als Ganzes gemacht werden.

… Unternehmen, die keine Einheimischen beschäftigen, sondern Menschen von ausserhalb bevorzugen. Wenn sie dennoch Menschen aus den betroffenen Dörfern einstellen, werden sie diskriminiert und ihnen die am schlechtesten eingestuften Arbeitsplätze mit unsicheren Arbeitsbedingungen angeboten, wie beispielsweise gefährliche Aufgaben bei der Anwendung von giftigen Pestiziden ohne angemessene Sicherheitsausrüstung.

… Plantagenunternehmen und jene Familienmitglieder, die Frauen ausschliesslich als Arbeiterinnen betrachten.

… die langen Arbeitszeiten, zu denen sich Arbeiterinnen gezwungen sehen. Dadurch müssen sie ihre Kinder oft ohne Aufsicht lassen, was diese in Gefahr bringt.

… die zunehmende Gewalt die an Frauen und Kindern auf und rund um die Plantagen. Sexuelle Gewalt wie Vergewaltigung und andere sexuelle Belästigungen hindern Frauen daran, sich frei zu bewegen. Sie haben Angst, ihre Häuser zu verlassen oder zur Arbeit zu gehen.

… die Einschüchterung und Kriminalisierung von Frauen, die die Auswirkungen von Plantagen und die Verletzung ihrer Rechte anprangern.

DESHALB FORDERN WIR FRAUEN…

… das vollständige Mitspracherecht von Frauen bei allen Entscheidungen über das Land. Frauen wollen das Recht auf Landeigentum und auf Mitbestimmung bei allen Entscheidungen, die das Land betreffen.

… das Recht für Gemeinschaften und Frauen, Nein zu industriellen Ölpalmplantagen zu sagen.

… die Achtung und Einhaltung der Rechte der lokalen Gemeinschaften.

… das Recht der Frauen, ihre Meinung frei zu äussern.

… dass zumindest die Bedingungen für die Übertragung von Land- beziehungsweise Grundstücken an Unternehmen und die entsprechenden Verträge überarbeitet werden und die Unternehmen ihre Versprechen einhalten.

… den Zugang zu Bildung und Sicherheit für ihre Kinder.

… die Rückgabe ihres Landes von den Unternehmen beziehungsweise den zuständigen Regierungen.

…Schutz vor Einschüchterung und Gewalt für Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Wir Frauen wollen unser Land und unsere Wälder zurück, damit wir eine Landwirtschaft betreiben können, die uns ernährt. Wir wollen eine Entwicklung, in der wir unsere Lebensgrundlagen erhalten beziehungsweise schaffen können, um uns, unseren Familien und Gemeinschaften ein gutes, gesundes und würdiges Leben zu ermöglichen.

WANN STÄRKT NACHHALTIGER HANDEL DIE POSITION VON FRAUEN?

DIE FRAGE NACH DER ROLLE DES STAATES

Elisabeth Bürgi-Bonanomi

Die Ernährungssysteme der verschiedenen Länder hängen zusammen und müssen gemeinsam nachhaltig gestaltet werden. Dabei muss auch das Ziel Nummer 5 der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) Beachtung finden, das die Geschlechtergleichstellung erreichen und Selbstbestimmung aller Frauen anstrebt. Es obliegt nicht nur den privaten Unternehmen und den Konsumierenden, nachhaltige Produktionsweisen zu fördern. Neben dem «Produktionsstaat» hat auch der «Abnehmerstaat» eine wichtige Rolle zu spielen, indem er die Rahmenbedingungen richtig setzt.

In jüngster Zeit haben Studien vermehrt die Frage untersucht, ob in der Landwirtschaft tätige Frauen im globalen Süden von Fairtrade- und Biomärkten auch wirklich profitieren. Wird eine umfassende Perspektive eingenommen, und zum Beispiel nicht nur untersucht, ob Frauen besser entlohnt werden, sondern auch wie die Verantwortlichkeitsbereiche aufgeteilt sind und wie das Zeitbudget aussieht (unter Berücksichtigung der unbezahlten Care-Arbeit), so sind die Ergebnisse oft durchzogen (siehe Beiträge von Bieri und Bigler). Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die ganze Mühe umsonst war und «Label» nichts bringen. Es kann aber auch gefolgert werden, dass transnationale Fairtrade- und Biomärkte zwar wichtige Wegbereiter für nachhaltiger gestaltete Märkte sind, dass sie aber verbessert werden müssen. Dieser letztere Ansatz wird in diesem Beitrag vertreten.

Wie können auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wertschöpfungsketten verbessert werden? Neben den privaten Unternehmen und den Konsumierenden kommt auch dem Staat eine wichtige Rolle zu. Der Staat kann gute oder schlechte Rahmenbedingungen für nachhaltige Produktionsweisen schaffen («enabling environment» versus «disenabling environment»). Das gilt sowohl für den «Produktions-» wie auch für den «Abnehmerstaat».[1] Die Forschungsarbeiten am Interdisziplinären Zentrum für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) in Ländern wie Kenia und Bolivien[2] zeigen deutlich, dass es bessere Rahmenbedingungen für lokale, regionale und globale Märkte für nachhaltig produzierte, insbesondere verarbeitete Nahrungsmittel braucht. Diese sind wichtig, um innovativen Ansätzen einen guten Boden zu geben und sie nicht im Keim zu ersticken. Gleichzeitig sollten nichtnachhaltig produzierte Rohstoffe nicht weiter staatlich unterstützt werden.

Nachhaltige Gestaltung von Handelsabkommen als Verfassungsauftrag

Zu den gestaltenden Instrumenten eines reichen Abnehmerstaates wie der Schweiz gehören Handelsinstrumente, öffentliche Lebensmittelstandards, das öffentliche Beschaffungswesen, Instrumente der Investitionsförderung und so weiter. Der neue Artikel 104a der Schweizer Bundesverfassung verlangt, dass der Bund für «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen» sorgt, «die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen». Damit geraten Handelsinstrumente in den Fokus. Wie sollen die Handelsabkommen der Schweiz – im Rahmen der EFTA – mit Ländern wie Malaysia, Brasilien oder Argentinien

«Je nach Land, Region und gesellschaftlicher Gruppe können die Grundanforderungen und was als «gut und gerecht» empfunden wird, unterschiedlich sein.»

ausgestaltet sein, damit diese sowohl hier wie auch dort zu einer nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen? Und was heisst das aus Sicht der Gendergerechtigkeit?

Im Kern geht es dabei um die Frage, ob und inwieweit der Staat eine Rolle bei der «Produktedifferenzierung» übernehmen und diese nicht nur dem Privatsektor überlassen soll. Von «Produktedifferenzierung» im Ernährungsbereich spricht man, wenn Nahrungs- und Futtermittel, die zwar gleich aussehen aber unterschiedlich produziert worden sind, ungleich behandelt werden. Die Supermärkte profilieren sich schon länger mit dieser Unterscheidung, indem sie ihr Angebot in «nicht-gelabelte» und «gelabelte»[3] Produkte unterteilen. Die Label bilden dabei die Produktionsweise hinter den Produkten – oder Elemente davon – ab. Die Folge ist, dass das Angebot an «differenzierten Produkten» steigt, gleichzeitig aber auch die Unsicherheit, wofür die unzähligen Label denn auch tatsächlich stehen. Auch bleibt der Nachhaltigkeitsmarkt ein Exklusivmarkt, sind «gelabelte» Produkte doch teurer als «nicht-gelabelte».

Der staatliche Sektor kann Verantwortung übernehmen, indem er Kriterien für Nachhaltigkeit definiert und seine Anreizsysteme danach ausrichtet. Idealerweise würde demokratisch bestimmt, was unter nachhaltiger Produktionsweise im Grundsatz verstanden wird. Während der Staat nur die Grundkriterien festlegt, würden private und zivilgesellschaftliche Initiativen diese Grundsätze konkretisieren[4].Das würde erlauben, Subventionen und Abnahmeverpflichtungen im Inland, aber auch Zölle, Importquoten und Lebensmittelstandards differenziert auszugestalten und Produkte mit einem besonderen Nachhaltigkeitsausweis bevorzugt zu behandeln. Entgegen einer häufig geäusserten Ansicht könnte eine solche Unterscheidung auf völkerrechts- und WTO-konforme Weise gemacht werden. Das würde allerdings bedingen, dass die Massnahmen verhältnismässig, nicht-diskriminierend (das heisst für alle Akteur*innen gelten gleiche Regeln) und kontextgerecht ausgestaltet sind.

Geschlechtergerechtigkeit als Kriterium für Nachhaltigkeit

Eine auch für die Geschlechtergerechtigkeit zentrale Frage ist: Was heisst «nachhaltig produziert» und vermarktet? «Nachhaltige Entwicklung» ist schon lange kein beliebiger Begriff mehr, sondern hat in den letzten Jahren dank internationaler Menschenrechts- und Umweltverträge, in Deklarationen enthaltenen Nachhaltigkeitsprinzipien und nicht zuletzt der Globalen Nachhaltigkeitsziele, an Konturen gewonnen. «Nachhaltig» ist demnach im Nahrungsmittelbereich – etwas vereinfachend gesagt – eine Produktionsweise, die die Böden nicht zerstört, zum Erhalt der Biodiversität beiträgt und die Klimaerwärmung nicht vorantreibt. Es ist gleichzeitig eine Produktionsweise, die den am Produktionsprozess Beteiligten ein angemessenes Einkommen bietet, die eine nicht-diskriminierende Beteiligung am Produktionsprozess erlaubt und dank derer sich eine bestimmte Anzahl Leute angemessen ernähren können. Dabei, und wichtig, kann es je nach gesellschaftlichem Kontext und natürlichen Gegebenheiten – also je nach Land, Region und gesellschaftlicher

Die Nähe zwischen Produzent*innen und Konsument*innen schafft Vertrauen, auch ohne internationale Standards: Bio-Markt in Santa Cruz (Plataforma Agroecologica)

Gruppe – unterschiedlich sein, wie diese Grundanforderungen konkretisiert werden und was als «gut und gerecht» empfunden wird.

Sollen Nachhaltigkeitsprozesse staatlich – und nicht nur privat – gefördert werden, ist wichtig, dass der Staat bei der Festlegung der Kriterien für eine bevorzugte Behandlung alle Eckwerte der Nachhaltigkeit berücksichtigt. Im Vergleich zum privaten Sektor muss der öffentliche Sektor mehr auf Ausgewogenheit und Vollständigkeit achten, da er an die Zielsetzungen in der Bundesverfassung und die internationalen Verträge gebunden ist. Im Bereich der Geschlechtergleichstellung stehen neben SDG 8, das nach menschenwürdiger Arbeit verlangt, vor allem die Unterzielsetzungen 5.4, 5.5 und 5a. des SDG 5 im Vordergrund, die auch durch die internationale Frauenrechtskonvention CEDAW festgelegt sind. Sie verlangen, dass die unbezahlte Pflege- und Hausarbeit anerkannt und bei der Politikgestaltung einbezogen wird, dass die Verantwortungsbereiche gerecht unter den Geschlechtern aufgeteilt werden, dass Frauen den gleichen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und Grundeigentum erhalten wie Männer oder auch, dass die von Frauen oft in der Landwirtschaft geleistete Handarbeit adäquat bewertet wird.

Forschungsprojekte vom CDE zeigen, dass wichtige Anliegen der Geschlechtergleichheit in der heutigen Labelpraxis oft untergehen. So können private Nachhaltigkeitszertifizierungen auch geschlechterdiskriminierende Auswirkungen haben, weil der Produktionsprozess (zum Beispiel in Folge einer Biozertifizierung) zeitintensiver wird, die Mehreinnahmen aber zu geringfügig sind, als dass die Care-Arbeit ausgelagert werden könnte. Auch kann der Zugang zu Zertifizierungen teuer und zeitaufwendig sein, was verletzliche Marktteilnehmende – oft auch Frauen in der Landwirtschaft – von solchen präferenziellen Märkten ausschliesst. Auch bilden herkömmliche Label oft zu wenig die Arbeitsbedingungen von Landarbeiterinnen ab, die in der zunehmend industrialisierten Agrarwelt tätig sind. Schliesslich fragen sie wenig danach, ob der Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen in Unternehmen gerecht beziehungsweise nichtdiskriminierend ausgestaltet ist. Wenn jedoch der Abnehmerstaat Präferenzen an nachhaltige Zertifizierungen knüpfen

«Herkömmliche Label bilden oft zu wenig die Arbeitsbedingungen von Landarbeiterinnen ab, die in der zunehmend industrialisierten Agrarwelt tätig sind.»

«So können private Nachhaltigkeitszertifizierungen auch geschlechterdiskriminierende Auswirkungen haben, weil der Produktionsprozess (zum Beispiel in Folge einer Biozertifizierung) zeitintensiver wird, die Mehreinnahmen aber zu geringfügig sind, als dass die Care-Arbeit ausgelagert werden könnte.»

soll, muss er sicherstellen, dass diesen Aspekten im Grundkriterienkatalog genügend Rechnung getragen wird.

Sollen Handelsregeln nachhaltig, aber nichtdiskriminierend ausgestaltet werden, muss weltweit allen in der Produktion Tätigen die Möglichkeit gegeben werden, über ihre Organisationen ihre eigenen Nachhaltigkeitszertifizierungen bei uns in der Schweiz akkreditieren zu lassen, sofern sie die erwähnten Grundbedingungen erfüllen. Ihnen könnte dann innerhalb der vorgegebenen Importspielräume präferenzieller Zugang gewährt werden beziehungsweise deren Standards als äquivalent anerkannt werden. Dies gilt insbesondere auch für verarbeitete Produkte, die vor Ort einen wichtigen Mehrwert schaffen. Wie die konkreten Produktions- und Organisationsweisen hinter den Zertifizierungen genau aussehen, soll jedoch von Kontext zu Kontext unterschiedlich sein dürfen. Welche Umwelt-, Arbeits- und Menschen- – somit auch Frauenrechtsfragen – in Ernährungssystemen jeweils im Vordergrund stehen sollten, ist je nach Land und Region unterschiedlich. Das Gleiche gilt für die Frage, wann Produktionsbedingungen als geschlechtergerecht empfunden werden. Es gibt heute viele «von unten gewachsene» Zertifizierungssysteme – zum Beispiel die «participatory guarantee systems» in Bolivien oder Namibia – wo die Akteurinnen und Akteure eines Ernährungssystems zusammen definieren, wie sie eine nachhaltige Produktionsweise gestalten wollen. In Bolivien beispielsweise grenzen die Bäuerinnen und Bauern so ihre «diversified farming systems» von agroindustrieller Produktion von Soja oder Zucker ab und versuchen, die inländischen Märkte für ihre vielfältigen Produkte zu stärken und neue Exportmärkte aufzubauen. So kommen auch Fragen der Gerechtigkeit und Diskriminierung auf den Tisch. Solche Ansätze sollten mit Märkten, die dank öffentlicher Massnahmen gezielter als heute auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, gestärkt werden.

Dr. iur. Elisabeth Bürgi Bonanomi, Rechtsanwältin, Dozentin in Recht und nachhaltige Entwicklung am Centre for Development and Environment (CDE) und der Rechtsfakultät der Universität Bern. Interdisziplinäre Forschung am CDE zu Fragen der politischen Kohärenz für nachhaltige Entwicklung, mit besonderem Fokus auf internationalem Wirtschaftsrecht.

1 Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UNO (Sustainable Development Goals, SDGs) bauen auf dem Verständnis einer «geteilten Verantwortung» auf, wonach alle Akteur*innen eine Nachhaltigkeitsverantwortung tragen: die Konsument*innen, die Bürger*innen, der Privatsektor, und der öffentliche Sektor, einschliesslich der internationalen Gouvernanz.

2 S. R4D Food Sustainability: http://www.r4d.ch/modules/food-security/food-sustainability.

3 «Gelabelt» bezieht sich hier auf das grosse Angebot an sogenannten Nachhaltigkeitslabels, die gewisse Elemente des Produktionsprozesses abbilden. Weitere Produktekennzeichnungen (zum Beispiel Inhaltsangaben) fallen nicht darunter.

4 Dieser Ansatz wird bereits von der Schweizer Bio-Verordnung gewählt. Sie legt die Grundkritieren für eine «biokonforme» Produktionsweise fest. Zertifizierungsstellen, die diese Grundstandards erfüllen, können sich akkreditieren lassen und von Marktvorteilen profitieren.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

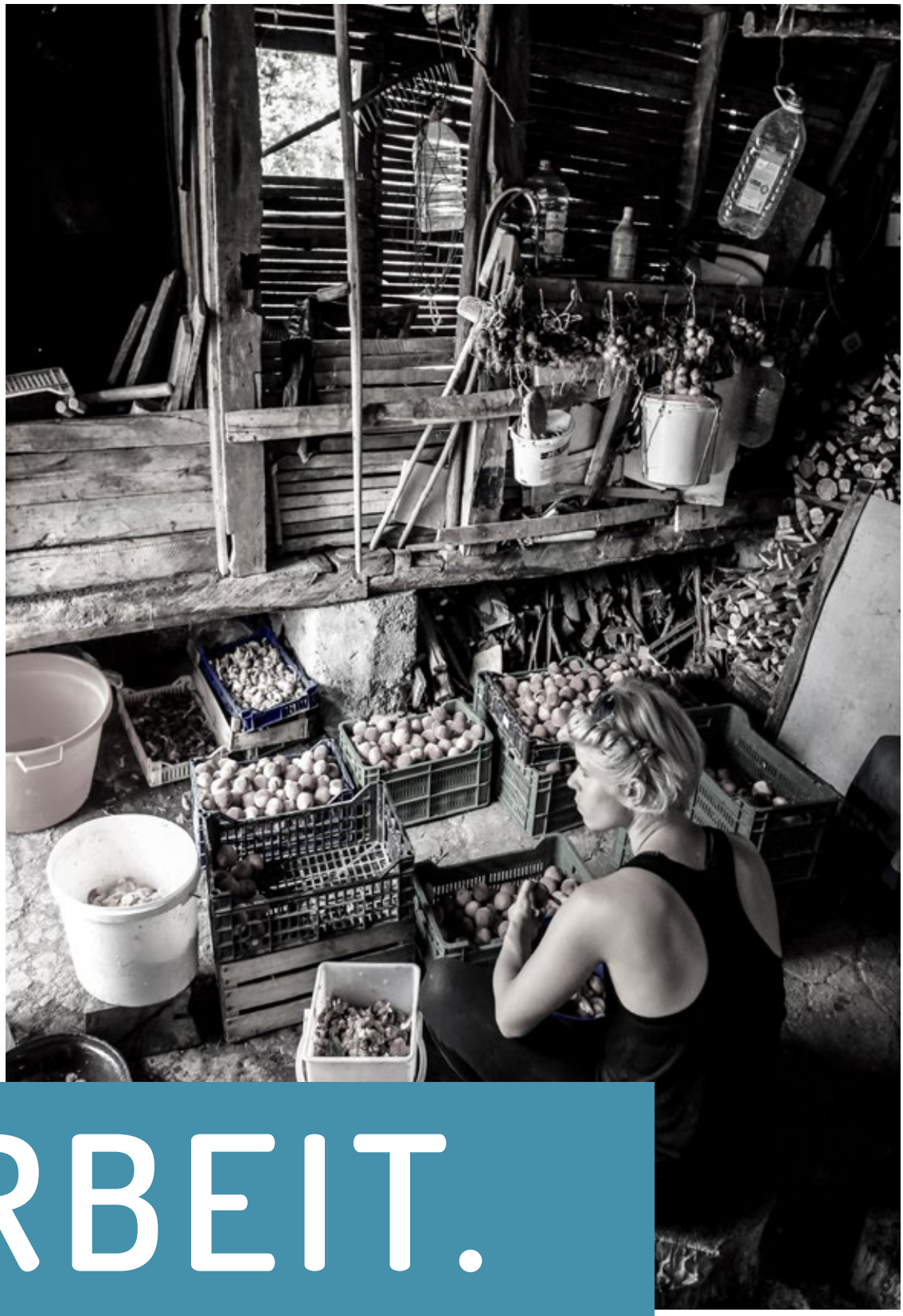
Bürgi Bonanomi, Elisabeth, Nachhaltige Agrarimporte in die Schweiz? – Eine völkerrechtliche Perspektive auf die Fair-Food-Idee, mit Erkenntnissen aus Feldstudien in Bolivien und Kenia, in: Blätter für Agrarrecht 2017, 51, S. 145–173.

Bürgi Bonanomi Elisabeth, Sustainable Development in International Law Making and Trade, international food governance and trade in agriculture (Edward Elgar Publishing, 2015).

De Schutter, Olivier, Trade in the Service of Sustainable Development: Linking Trade to Labour Rights and Environmental Standards (Oxford: Hart Publishing, 2015).

FAO/INRA, Innovative markets for sustainable agriculture – How innovations in market institutions encourage sustainable agriculture in developing countries, by Loconto, A., Poisot, A.S. & Santacoloma, P. (eds.) (Rome, 2016).

Sally Smith, (2013) «Assessing the gender impacts of Fairtrade», Social Enterprise Journal, Vol. 9 Issue: 1, pp.102–122.



ARBEIT.

ZUR SITUATION VON FRAUEN IN DER SCHWEIZER LANDWIRTSCHAFT

DIE PRÄSIDENTIN DES SCHWEIZERISCHEN BÄUERINNEN- UND LANDFRAUENVERBANDES NIMMT STELLUNG

Interview mit Christine Bühler

Welche Politikbereiche in der Landwirtschaft sind aus Sicht der Frauen wichtig? Welches sind die Forderungen des SBLV?

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz in der Schweiz, dass entweder der älteste oder der jüngste Sohn den Betrieb übernehmen kann. Laut BGBB (Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht) haben die anderen Geschwister auf finanzielle Forderungen zu verzichten (ausser wenn der Betrieb verkauft wird). Dies ist verständlich, aufgrund der finanziellen Situation in der Landwirtschaft wäre es nicht möglich, die Geschwister auszuzahlen. Da jedoch meistens einer der Söhne den Betrieb übernehmen kann, gehen die Schwestern fast immer leer aus. Wenn also einer der Söhne den Betrieb will, bekommt er ihn auch. Die Töchter haben meistens nur eine Chance, wenn es entweder keine Söhne gibt oder diese den Betrieb nicht wollen. Weil immer mehr Frauen eine landwirtschaftliche Ausbildung machen, gibt es mittlerweile vermehrt Frauen, die den Betrieb übernehmen. Sie bleiben in der Minderheit, doch es sind wichtige Zeichen. Denn je mehr Frauen Betriebe übernehmen und Betriebsleiterin werden, desto «normaler» wird es und desto kleiner werden die Hürden für die Nachfolgerinnen.

Ein weiterer wichtiger Bereich aus Frauensicht, ist die Pflege von Angehörigen. Dies übernehmen meistens die Frauen. Dabei wäre es wichtig, dass es eine steuerliche Entlastung gäbe für Personen, welche Betreuungsarbeiten leisten.

Die wichtigste Forderung des SBLV ist jedoch, dass die Bäuerinnen eine soziale

Christine Bühler wohnt in Tavannes im Kanton Bern. Sie ist diplomierte Bäuerin und führt seit 1982 einen Landwirtschaftsbetrieb zusammen mit ihrem Mann. Seit acht Jahren ist sie Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV. In dieser Funktion ist sie auch Vize-Präsidentin des Schweizer Bauernverbandes SBV. 2018 gewann sie den «Agro Star Suisse» Preis für ihr Engagement für die Rechte der Frauen in der Landwirtschaft.

Foto rechts: Christine Bühler (landfrauen.ch)

Foto links: Pfirsiche ernten, entkernen, einkochen, vermarkten. (Discover Serbia, von Unsplash)

«Heute leisten die Frauen eigentlich Schwarzarbeit. Unsere Forderung ist deshalb, dass für die Arbeit der Frauen auf dem Betrieb Sozialversicherungsbeiträge abgerechnet werden müssen. Damit muss die Arbeit der Frauen quantifiziert werden und bekommt einen Wert.»

Absicherung haben. Heute sind viele mitarbeitende Familienmitglieder (meistens die Bäuerinnen) nicht ausreichend gegen Verdienstausfall versichert und verfügen meistens über keine Altersvorsorge (Zweite Säule). Heute leisten die Frauen eigentlich Schwarzarbeit. Dies wirkt sich insbesondere im Scheidungsfall meistens negativ auf die finanzielle Situation der Frauen aus.

Unsere Forderung ist deshalb, dass für die Arbeit der Frauen auf dem Betrieb Sozialversicherungsbeiträge abgerechnet werden müssen. Damit muss die Arbeit der Frauen quantifiziert werden und bekommt einen Wert. Das Ziel ist, dass die Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und ihre Arbeit anerkannt wird.

Wäre die Förderung des Direktverkaufs aus Sicht des SBLV wichtig?

Die Förderung des Direktverkaufs ist grundsätzlich gut. Allerdings ist es wichtig, dass Frauen darauf Wert legen, dass ihre Arbeit auch etwas einbringt. Sie dürfen nicht denken «es muss ja nicht rentieren». Oft passiert es, dass der Direktverkauf, sobald er etwas einbringt, von den Männern übernommen wird. Deshalb müssen Frauen ein Bewusstsein für ihre Arbeit entwickeln, auch dafür, was ihre Arbeit wert ist.

«[Es] ist sehr gut für das Selbstverständnis, dass auch Frauen Betriebsleiterinnen sein können.»

Das Ziel ist auch, dass die Frauen weniger finanziell abhängig sind. Wenn sie sich mit dem Direktverkauf ein Standbein erarbeiten können für eine wenigstens teilweise finanzielle Unabhängigkeit wäre dies wertvoll. Denn die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen ist auch immer ein Druckmittel. So lange alles gut funktioniert, ist es in Ordnung, aber sobald Spannungen auftreten, wird dies zu einem Problem. Das Einkommen, das mit dem Direktverkauf generiert wird, muss nicht zu 100% der Bäuerin gehören, aber der Anteil am Einkommen muss genau definiert werden. Wenn das Einkommen geteilt wird, wird die Bäuerin auch als Mitbewirtschafterin wahrgenommen, das ist zentral.

Wie kann der Direktverkauf gefördert werden, damit die Arbeit (der Frauen) besser bezahlt wird?

Das ist ein langer Weg. Es dauerte bereits 25 Jahre, bis der Direktverkauf überhaupt als landwirtschaftsnahe Tätigkeit anerkannt wurde. Heute ist er Bestandteil bei der Berechnung der Standardarbeitskraft (SAK), die wichtig ist für die Beurteilung, ob ein Betrieb direktzahlungsberechtigt ist und ob er ein Gewerbe ist oder nicht.

Mit der Aufnahme der landwirtschaftsnahen Tätigkeiten bei der Berechnung der SAK ist auch ihre Akzeptanz gestiegen. Dabei geht es nicht nur um den Direktverkauf, sondern auch um agrotouristische Angebote. Diese sind sehr wichtig zur Förderung des Images der Landwirtschaft und zur Sensibilisierung der Konsument*innen. Ein Umdenken hat stattgefunden, auch wenn die Anerkennung sicher noch besser sein könnte.

«Dennoch ist die Vertretung der Frauen in den Verbänden noch auf sehr tiefem Niveau. Aus meiner Erfahrung würden die Verbände Frauen gerne aufnehmen. Doch bis jetzt konnten wir noch zu wenig Frauen für die Verbandsarbeit begeistern.»

Was bedeutet die technische Entwicklung für Frauen? Haben sich dadurch Hierarchien verschoben?

Wenn es um die Digitalisierung geht und um die Büroarbeit im Allgemeinen, haben Männer mehr Komplexe als Frauen. Die Frauen sind sich dies besser gewohnt, weil sie oft die Arbeit im Büro übernehmen. Deshalb haben sich sicher etwas die Hierarchien verschoben, auch weil die Büroarbeit auf einem Betrieb heute einen grossen Aufwand bedeutet und immer wichtiger wird.

Die Frauen trauen sich heute mehr zu in Sachen Technik als früher, auch auf dem Betrieb. Dieses Selbstverständnis muss aber weiter gefördert werden.

Braucht es mehr Bildung oder reicht das heutige Bildungsniveau?

Bäuerinnen sind heute sehr gut ausgebildet. Zum Teil besser als ihre Männer! Auch weil die Bäuerinnen oft eine Berufslehre gemacht haben vor der Ausbildung als Bäuerin und so ein sehr breites Wissen haben. Auch die Bäuerinnen-Ausbildung selbst ist heute auf einem sehr hohen Niveau.

Wie steht es um die Vertretung der Frauen in den landwirtschaftlichen Verbänden?

Im August 2018 war ich an der Diplomfeier der Meisterlandwirtinnen und Meisterlandwirte. Da werden jeweils die besten Absolventinnen und Absolventen mit dem Agrarmedienpreis ausgezeichnet. Gewonnen hat eine Frau mit der Abschlussnote 6,0! Ein Journalist hat zu mir gesagt: «Sie haben wir heute auf dem Landwirtschaftsparkett bestimmt nicht zum letzten Mal gesehen». Dieses Beispiel ist sehr gut für das Selbstverständnis, dass auch Frauen Betriebsleiterinnen sein können. Da hat auch die Arbeit des SBLV viel bewirkt.

Dennoch ist die Vertretung der Frauen in den Verbänden noch auf sehr tiefem Niveau. Meine Erfahrung ist, dass nicht die Verbände das Problem sind, sie würden die Frauen gerne aufnehmen (ausser ein paar wirklich konservative Verbände). Doch bis jetzt konnten wir noch zu wenig Frauen für die Verbandsarbeit begeistern. Dabei wäre dies sehr wichtig. Gemischte Gremien fällen die besseren Entscheide, mit einem grösseren Blickwinkel aufgrund unterschiedlicher Ansichten.

Fällen Frauen andere Entscheide auf dem Betrieb?

Frauen fällen realistischere Entscheide, auch auf dem Betrieb. Sie würden nicht einen Traktor kaufen, den sie sich eigentlich nicht leisten können und die ganze Familie sich das Vehikel nachher vom Mund absparen muss. Das ist sicher in Sachen Nachhaltigkeit besser!

Das Gespräch führte Christine Badertscher (Mitglied der Redaktion, S.48)

GESTEIGERTE NAHRUNGSMITTELPRODUKTION IN RUANDA – WER PROFITIERT?

VON DER ZEMENTIERUNG DER GESCHLECHTERDIFFERENZ DURCH DIE ÖKONOMISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Christine Bigler, Michèle Amacker

Das zentralostafrikanische Land Ruanda unterzieht sich gegenwärtig einer ökonomischen und sozialen Transformation und erhält für seine progressive Gleichstellungspolitik internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung. Die ruandische Entwicklungsagenda 2020 sieht die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft mittels einer beschleunigten Kommerzialisierung vor. Grund hierfür ist zum einen die Nahrungsmittelsicherheit für die rasant zunehmende Bevölkerung, zum andern die Anbindung an den Exportmarkt. Dies führt jedoch zu einer Verschärfung der Landfrage und ökonomisch schwache Haushalte sehen sich vermehrt gezwungen, als Tagelöhner*innen die Existenzsicherung zu gewährleisten. Im Folgenden wird erläutert, wie sich diese Veränderungen auf die Geschlechterverhältnisse auswirken, inwiefern so Geschlechterdifferenzen und damit Ungleichheiten zementiert werden.

«Ruanda – Land in Frauenhand[1]», «Das Frauenwunderland[2]» oder «Ruanda, ein Paradies für Frauen?[3]» – mit diesen und ähnlichen Überschriften war Ruanda in den letzten Jahren auch in Schweizer Medien vermehrt präsent. Die entsprechenden Artikel und Beiträge beruhen auf der Grundlage, dass Ruanda hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter international sehr gut dasteht: Der «Global Gender Gap Report» analysierte 144 Länder bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Politik und Gesundheit. Im Jahr 2017 nahm Ruanda hierbei Rang vier ein, gleich hinter Island, Norwegen und Finnland und weit vor der Schweiz, die nur auf Rang 21 steht.

Die Gleichstellung der Geschlechter, vor dem Hintergrund der Ökonomisierung der Landwirtschaft, steht im Zentrum einer laufenden Forschung[4] der Universität Bern. Ein grober Überblick über die Ergebnisse soll hier kurz skizziert werden. Es steht vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Transformation hin zu einer kommerzialisierten Landwirtschaft auf den ländlichen Arbeitsmarkt und auf die Einbindung von Frauen auswirkt und wer von der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion profitiert beziehungsweise letztlich Nachteile daraus zieht. Geografischer Fokus des Forschungsprojektes ist die ruandische Nordprovinz.

Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft schafft neue Erwerbskategorien

Das kleine Land Ruanda ist mit 26 000 km² Landfläche und 12 Millionen Einwohner*innen das am dichtesten besiedelte Land Afrikas. Über 70% der Menschen, meist Kleinbäuer*innen, sind zur Deckung ihrer Lebensgrundlage auf die Landwirtschaft angewiesen. Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und deren schnelles Wachstum bestimmen die ruandische Entwicklungsagenda, genannt «Vision 2020». Im Fokus stehen dabei der Wandel hin zu Monokulturen, das Zusammenfügen von Landwirtschaftsflächen, die Konzentration auf wenige Feldfrüchte und die Subventionierung von Saatgut und Dünger. Die Verteilung von subventioniertem Saatgut und Dünger geschieht oftmals über landwirtschaftliche Kooperativen, welche auch als verlängerten Arm des Staates gesehen werden können. Auf der einen

Tagelöhnerinnen beim jäten auf einem Kartoffelfeld eines Agribusiness in Kinigi. (Christine Bigler)

Seite konnte mit diesen Massnahmen die landwirtschaftliche Produktion massgebend gesteigert, zum Teil verdreifacht werden, auf der anderen Seite sind die Kleinbäuer*innen mehr von den Kräften des Marktes und vom Zukauf von Lebensmitteln abhängig. Kritische Stimmen zu diesem neoliberalen Programm weisen darauf hin, dass vor allem mittelgrosse und grosse Landwirtschaftsbetriebe von diesen Interventionen profitieren und somit ein grosser Teil der Bevölkerung ausgeschlossen wird. Gleichzeitig treibt die ruandische Regierung auch eine soziale Transformation voran. Die Gleichstellung der Geschlechter ist in der Verfassung verankert und alle erlassenen politischen Richtlinien sind «gender-mainstreamed».

Die Forschungsresultate verdeutlichen, dass sich auf dem ruralen Arbeitsmarkt ein Transformationsprozess abzeichnet, vor allem durch das Entstehen von Agrounternehmen, marktorientieren Kooperativen und stark kommerzialisierten landwirtschaftlichen Betrieben. Diese produzieren Kartoffeln und Mais für den einheimischen, städtischen Markt sowie das nahe Ausland. Zudem schaffen diese vor allem Arbeitsplätze im untersten Lohnbereich, vorwiegend für Feldarbeiter*innen auf Tageslohnbasis[5], aber auch einige in der verarbeitenden Landwirtschaftsindustrie. Und insbesondere hier sind Geschlechterunterschiede auszumachen.

Dieser neu entstandene Erwerbszweig der Tagelöhner*innen auf dem Feld ist stark «feminisiert». Das heisst, in diesem Bereich werden mehrheitlich Frauen beschäftigt und die hier bezahlten Löhne gehören mit etwa 1000 RWF (1,15 CHF) zu den tiefsten auf dem ruralen Arbeitsmarkt. Der Lohn reicht nur knapp zum Überleben und um alltägliche Bedürfnisse wie Essen und Kleidung zu finanzieren. Es bleibt somit auch keine Möglichkeit, etwas zu sparen - eine augenfällige «Armutsfalle» für die hart arbeitenden Frauen.

Anders sieht es in weiteren ruralen Erwerbszweigen aus, etwa in der Weiterverarbeitung von Landwirtschaftsprodukten zum Beispiel in Mühlen, wo Mais zu Maismehl verarbeitet wird. Hier sind vor allem Männer beschäftigt. Diese erhalten den doppelten Lohnbetrag gegenüber den Feldarbeiter*innen.

Tagelöhnerinnen in der Verantwortung für Care-Arbeit

Doch zurück zur Beschäftigungsgruppe der Tagelöhner*innen. Ein tiefergehender Blick lohnt sich, denn in offiziellen ruandischen Statistiken sowie öffentlichen Diskursen fehlt diese weitestgehend. Und dies, obschon

«Das Mitbringen von Kindern an den Arbeitsplatz verringert nicht nur den Lohn zusätzlich, auch ist es schwieriger, überhaupt eine bezahlte Arbeit zu finden.»

sie nach den Kleinbäuer*innen mit 15% die grösste Beschäftigungsgruppe in der Landwirtschaft darstellt. Feldarbeit ist zudem nicht nur die am schlechtesten bezahlte Arbeit innerhalb der landwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse, der Sektor weist auch eine erhebliche Lohndifferenz auf: Frauen verdienen hier im Schnitt für die gleiche Arbeit und die gleiche Anzahl Arbeitsstunden pro Tag 20% weniger als die Männer im selben Anstellungsverhältnis. Ein Grund für diese Lohndifferenz ist in der (unbezahlten) Care-Arbeit zu suchen, welche ungleich zwischen Frauen und Männern verteilt ist. Für Frauen ist es zwar möglich und oft auch notwendig, einer Lohnarbeit nachzugehen und dies ist gesellschaftlich auch akzeptiert. Es ist für sie aber schwierig, die Care-Arbeit durch eine andere Person oder eine Institution leisten zu lassen. Das Problem stellt sich vor allem, wenn die Kinder noch nicht schulpflichtig sind. Dies führt dazu, dass kleine Kinder oftmals an den Arbeitsplatz mitgenommen werden müssen, was sich erneut negativ auf den Lohn auswirkt. Rosa, eine Feldarbeiterin, berichtet in einem Interview: «Wenn du ein Kind bei dir hast, verdienst du weniger als 700 Rwanda Franc pro Tag». Das Mitbringen von Kindern an den Arbeitsplatz verringert nicht nur den Lohn zusätzlich, auch ist es schwieriger überhaupt eine bezahlte Arbeit zu finden. Dies bestätigten auch Arbeitgeber*innen wie Marie-Louis: «Bei Frauen wähle ich eine ohne Baby auf dem Rücken, für dieses benötigt sie Zeit. Auch Schwangere werden nicht bevorzugt, denn sie sind schwach».

Frauen sind nicht nur für Lohnarbeit und Kinderbetreuung verantwortlich, sondern auch für Hausarbeiten wie Kochen, Wasser und Feuerholz holen. Eine Frau verrichtet im Durchschnitt drei Stunden mehr Care- und Hausarbeit pro Tag als ein Mann und hat drei Mal weniger Zeit, sich auszuruhen. Frauen verrichten im Gegenzug pro Tag eindreiviertel Stunden weniger einkommensgenerierende Arbeiten als Männer.

Fehlender Landbesitz schwächt Verhandlungsposition als Angestellte

Ein vorläufiges Fazit der Studie: Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft bringt für Frauen vor allem Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor hervor, wobei die Gesamtarbeitsbelastung gleichzeitig zugenommen hat. Da stellt sich die Frage, was denn die Frauen und Männer überhaut dazu bewegt, als Feldarbeiter*innen im Tageslohn angestellt zu werden? Hier ist ein kritischer Blick auf die Landgrösse pro Haushalt und die Verteilung von Land generell notwendig:

In Ruanda hat sich die durchschnittliche Landfläche pro Haushalt seit den 1980er-Jahren halbiert. Im Forschungsgebiet beträgt diese im Schnitt heute 0,4 Hektar. Wobei Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgruppen der Bäuer*innen und angestellten Feldarbeiter*innen auszumachen sind.

«Um Teil einer Kooperative sein zu können, muss ein Mitgliederbeitrag geleistet werden und eine bestimmte Landgrösse wird vorausgesetzt. Dadurch werden Bauern und Bäuerinnen mit kleinem Landbesitz ausgeschlossen . Sie können somit auch nicht von staatlichen Subventionen profitieren.»

Selbstständige Bäuer*innen besitzen im Durchschnitt 0,5 Hektar Land, angestellte Feldarbeiter*innen nur 0,1 Hektar. Diese Landmenge reicht aber nicht, um die Familie zu ernähren. Aus diesem Grund sind diese Frauen und Männer gezwungen, als Feldarbeiter*innen im Angestelltenverhältnis auf den Feldern der selbstständigen Bäuer*innen mit grösserer Landfläche zu arbeiten. Landbesitz und Armut sind also eng miteinander verknüpft. Krisen wie Krankheiten, welche Familien mit kleinem Landbesitz treffen, führen zudem dazu, dass ein Teil des Landes verkauft werden muss. Dieses Land wird dann von (land-) reicheren Bäuer*innen aufgekauft. Solche Prozesse führen nach und nach zu einer Umverteilung des Landes zuungunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten.

Ein weiterer Grund zur Abnahme der Landgrösse ist in der Landvererbung zu suchen. Hier ging die Regierung von Ruanda einen progressiven Weg. Frauen und Männer haben heute laut Gesetz das gleiche Recht, Land zu besitzen und zu erben. Durch gesellschaftlichen und familiären Druck verzichten aber Frauen oft auf ihren Landanteil. In den letzten 24 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl in Ruanda verdoppelt und Frauen und Männer haben das Recht, das Land der Eltern zu gleichen Teilen zu erben. Dies führt mit jeder Generation zu einer Verkleinerung der Landgrösse pro Haushalt. Die Abnahme der Landfläche und die damit verbundene Armut werden von vielen Bäuer*innen der Region als Hauptproblem erachtet. So berichtet Adele in einem Interview: «Wenn man Landwirtschaft betreibt und der Ertrag nicht den Eigenverbrauch deckt, dann ist das doch ein grosses Problem. Zeigt das denn nicht, dass sich die Landfläche verringert hat?» Die Landgrösse und das Einkommen haben auch einen Einfluss auf die Mitgliedschaft in einer Kooperative. Um Teil einer Kooperative sein zu können, muss ein Mitgliederbeitrag geleistet werden und eine bestimmte Landgrösse wird vorausgesetzt. Dadurch werden Bauern und Bäuerinnen mit kleinem Landbesitz ausgeschlossen und können somit auch nicht von staatlichen Subventionen profitieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Frauen und Familien mit kleinem Landbesitz zu den Verlierer*innen der Kommerzialisierung der Landwirtschaft gehören und gesamthaft gesehen nicht davon profitieren. Der Prozess der gesteigerten Nahrungsmittelproduktion vergrössert die ökonomische Ungleichheit in der ruralen Gesellschaft, denn sie zwingt Frauen, ihre Arbeitskraft auf dem bezahlten Arbeitsmarkt zu billigsten Tarifen zur Verfügung zu stellen. Die ungleiche Verteilung der Care-Arbeit führt bei Frauen zu einer erhöhten Arbeitsbelastung und Zeitknappheit. Für Frauen ist es schwierig, die Care-Arbeit auf andere Familienmitglieder oder Institutionen zu verlagern. Zudem wirken sich die Care-Verpflichtungen negativ auf das Lohnniveau

«Wenn du ein Kind bei dir hast, verdienst du weniger als 700 Rwanda Franc pro Tag.» (Annie Spratt, Unsplash)

und auf die Arbeitssuche aus. Obwohl die ruandische Regierung die Gleichstellung der Geschlechter im rechtlichen, politischen und regulatorischen Rahmen stark gefördert hat, ist eine Verbesserung der ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung der Frauen auf lokaler Ebene bislang nicht erreicht worden. Hinzu kommt, dass die Arbeit als Feldarbeiter*in im Angestelltenverhältnis, welche durch die Kommerzialisierung zugenommen hat, Frauen, Männer und Familien nicht aus der Armut herausführt. Dadurch werden Geschlechterverhältnisse und Wohlstandsverhältnisse zementiert.

1 NZZ 2017

2 Annabelle 2016

3 SRF 2018

4 Feminization, Agricultural Transition and Rural Employment (FATE-Project). Siehe: http://www.fate.unibe.ch/

5 Feldarbeiter*innen auf Tageslohnbasis: Im weiteren Verlauf wird nur noch von Feldarbeiter*innen gesprochen. Hier handelt es ich um eine Berufsgruppe die als Tagelöhner*innen Feldarbeit verrichtet. Im englischen Sprachgebrauch wird diese Beschäftigungsgruppe als «on-field causal workers» betitelt.

Christine Bigler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Sie arbeitete zwei Jahre als Gastforscherin in Ruanda und erforschte die Transformation der Landwirtschaft aus einer Genderperspektive. Sie ist Teil des internationalen Forschungsprojektes «Feminization, Agricultural Transformation and Rural Employment, FATE» (http://www.fate.unibe.ch/). Christine Bigler verfügt über einen Doktortitel in Geografie und nachhaltiger Entwicklung.

Michèle Amacker ist Assistenzprofessorin für Geschlechterforschung und Co-Leiterin des IZFG. Sie leitet unter anderem die Themenbereiche Gender & Development am IZFG sowie Geschlechterpolitik des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) und ist Mitglied des SKMR-Direktoriums. Michèle Amacker ist Teil des internationalen Forschungsprojektes «FATE».

GENDER-GERECHTE WERTSCHÖPFUNG?

GESPRÄCH ZUM MEHRWERT FEMINISTISCHER ANSÄTZE FÜR EINE GERECHTE PRODUKTIONS- UND ERNÄHRUNGSPOLITIK

Tina Goethe, Annemarie Sancar, Alex Carter, Heike Wach

Der feministische Blick auf die Fair-Food-Idee: Was beinhaltet dieser Blick alles?

Annemarie Sancar (AS): Es geht um eine gerechte Lebensmittelproduktion. Dabei sollen die SDG (Sustainable Development Goals) der UN-Agenda 2030 auf die Bereiche der Produktion, des Handels und des Konsums von Lebensmitteln angewendet werden. Aber das Problem ist, dass in diesen Diskussionen die Genderdimension völlig vergessen geht. Dabei ist die Geschlechterfrage zentral. Weil Frauen und Männer unterschiedliche Bedürfnisse und Rollen haben.

Tina Goethe (TG): Frauen sind in vielen Ländern in die Produktion von Lebensmitteln involviert. Vor allem ist aber die Verarbeitung ganz oft Frauenarbeit. Das gilt nicht nur für die in Handarbeit geleistete Verarbeitung, sondern auch die Arbeit im industriellen Lebensmittelsektor. In vielen Ländern sind Frauen auch im Handel tätig. In Mali oder Guatemala zum Beispiel trifft man auf dem Markt viele Frauen an. Und wenn wir das ganze Ernährungssystem anschauen, sind es ebenfalls die Frauen, die mit Einkaufen und Kochen mehr Zeit verbringen als Männer. Es gibt ausreichend Zahlen, die zeigen, wer wie viel Zeit mit welchen Arbeiten innerhalb der Ernährungssysteme verbringt. Viele Arbeiten, die von Frauen geleistet werden, sind entweder gar nicht bezahlt oder gehören dem Billiglohnsektor an.

Dies führt uns zu den Arbeitsbedingungen und der Lohnsituation. Welchen Zusammenhang seht ihr dabei?

Alex Carter (AC): Auch in dieser Branche sind Lohndifferenzen festzustellen – männlich konnotierte Arbeit gilt als mehr Wert. Frauen sind in Sektoren mit tiefer Wertschöpfung überproportional vertreten. Besonders in globalen Wertschöpfungsketten bieten sich viele Anstellungsmöglichkeiten für Frauen. Ihre Einkommensmöglichkeiten erweitern sich also und das ist eigentlich gut. Doch es gibt Schattenseiten, nämlich ihre meist prekären Arbeitsbedingungen: Sie gelten oft als flexible Arbeitskräfte, einsetzbar je nach Bedürfnissen der Unternehmen, als Erntehelferinnen, in der Sortierung und Verarbeitung, in der Verpackung (70-80% Frauen).

TG: Ein Beispiel kann dies veranschaulichen: Ich habe vor zirka 15 Jahren das Projekt Napfmilch AG besucht. Das Ziel war und ist, regionale Milch zu verarbeiten und damit die Wertschöpfung in der Region zu behalten. Die Napfmilch AG war von Beginn an sehr innovativ und hat saisonale Produkte hergestellt, zum Beispiel Frischkäse mit Kürbis. Dabei haben Frauen die Kürbisse geschnitten. Die Frauen haben dies spontan und mit Freude gemacht, hatte ich den Eindruck. Ich weiss nicht, wie viel sie verdient haben, aber sie haben für etwas Geld verdient, für das sie zu Hause kein Geld verdient haben: Gemüse rüsten. Auf der anderen Seite ist es eine schlecht bezahlte

«Weltweit arbeiten viele Frauen informell als Landarbeiterinnen, also ohne gewerkschaftliche Unterstützung, ohne Mitbestimmungsrechte, ohne soziale Absicherung.»

Arbeit und ich hatte nicht den Eindruck, dass die Frauen bei der Napfmilch angestellt waren. Arbeit, die in diesem Kontext eben nur Frauen übernommen haben.

AS: Womit wird die Wertschöpfung gemessen? Wieso wird dem ersten Schritt in der Kette, der Produktion, immer die tiefste Wertschöpfung zugeschrieben? Das müsste nicht so sein. Entscheidend ist, wer bestimmt, wohin der Gewinn fliesst, wofür investiert wird. Ob zum Beispiel Maschinen gekauft werden, welche die Handarbeit verdrängen, mit oft negativen Folgen. In Georgien übernahm eine Bäuerin eine mit moderner Infrastruktur ausgestattete Molkerei. Die Bäuerinnen lieferten die Milch dort ab, mussten also weder Käse produzieren noch ihn verkaufen gehen. Doch so ging nicht nur der der soziale Austausch verloren. Ihr Einkommen stieg auch nicht in einem Masse, welches ihnen den Kauf einer weiteren Kuh oder von Geräten ermöglicht hätte.

Weltweit arbeiten viele Frauen informell als Landarbeiterinnen, also ohne gewerkschaftliche Unterstützung, ohne Mitbestimmungsrechte, ohne soziale Absicherung. Der Gewinn aus den Wertschöpfungsketten könnte auch anders investiert werden, in Krankentaggeld, Altersvorsorge, Mutterschaftsgeld. Dies käme den Frauen zugute.

Auf der Entscheidebene fehlen die Frauen, das scheint Männersache zu sein.

AS: Die Wertschöpfungskette ist eine Logik, um die Gewinnmechanismen zu beschreiben. Aber das System ist nicht naturgegeben, sondern konstruiert. Deshalb müssen wir analysieren, wer genau wovon profitiert, wie die Gewinne abgeschöpft werden. Die Frage ist auch, wieso die Arbeit unterschiedlich gewichtet, respektive abgegolten wird.

TG: Wir sollten nicht bei der Beschreibung des Bestehenden stehen bleiben, sondern darüber diskutieren, wo wir hinwollen. Mit dem Ziel, dass wir vom Modell der Kette wegkommen. In den heute vorherrschenden Wertschöpfungsketten bestimmen wenige mächtige Konzerne wie zum Beispiel Nestlé oder Walmart etc. den Preis und darüber, was wie produziert und verkauft wird. Die Macht ist auf wenige Akteure konzentriert. Und wenn wir es aus einer ökologischen Perspektive anschauen, ist klar, dass wir geschlossene Kreisläufe brauchen. Doch heute sind die globalen Wertschöpfungsketten überhaupt nicht geschlossen. Sie erschweren eine Beziehung zwischen Konsument*innen und Produzent*innen sowie Arbeitnehmenden. Die Ketten sind lang und es wissen immer nur die jeweils nächsten Glieder der Kette voneinander. Sie erhalten vom nächsten Glied die Bedingungen diktiert, die sie zu erfüllen haben, wenn sie ihr Produkt verkaufen wollen. Der Handel stellt die Forderungen auf, zum Beispiel bei den Bananen (welche Menge, welcher Reifegrad, welche Produktionsbedingungen usw.). Es wird dann gesagt, die Konsument*innen würden das so wollen, aber die Konsument*innen, vorwiegend Frauen, haben doch nur scheinbar eine Wahl.

Die solidarische Landwirtschaft geht einen anderen Weg. Die Konsument*innen kommen auf den Hof und helfen bei der Produktion mit. Somit haben sie ein anderes Verständnis, auch von den Risiken, welche die Produzent*innen tragen. Die solidarische Landwirtschaft lässt sich nicht als Kette abbilden, sondern als komplexes Netzwerk. Dies könnte als Vorbild für neue Modelle dienen. In Netzwerken ist die Entscheidungsmacht tendenziell dezentraler und horizontal verteilt. Die einzelnen Akteur*innen haben so mehr Handlungsspielraum und können Entscheidungen betreffend Qualität, Preis,

Produktions- und Vermarktung kontextspezifisch fällen. Netzwerke wie die Initiativen der solidarischen Landwirtschaft können die Verarbeitungs-, Handels- oder Vertriebskanäle, die von wenigen Monopolisten kontrolliert werden, umgehen. Ihre Akteure können ganz unterschiedliche, theoretisch beliebig viele und unabhängige Verbindungen eingehen mit verschiedenen anderen Akteuren im Netz. Während ein Kettenmodell eigentlich nur zwei Verbindungen zulässt – nach oben und nach unten – und es zählen jeweils Input und Output, sonst nichts.

AC: Das Kettenmodell folgt dem Produkt und setzt dieses ins Zentrum. Die Netzwerke bilden die menschlichen Beziehungen ab. Beide Modelle haben ihre Berechtigung. Um die Strukturen der konventionellen Produktion zu verstehen, müssen wir die Ketten anschauen. Bei alternativen Lebensmittelsystemen drängt sich die Netzwerklogik eher auf. Die Analyse von Ketten kann einfacher sein: Im Blick sind die Produkte, deren «Wege» gradlinig erfasst werden können (z.B. (Produktionsmittel – Produktion Rohstoffe – Verarbeitung – Verpackung – Vermarktung – Konsum, inkl. Transporte). Netzwerke sind komplizierter abzubilden. Über Produktivität und die Gewinnerzeugung hinaus stehen bei Netzwerken die meist multiplen (Macht-)Verhältnisse zwischen verschiedenen Akteur*innen im Fokus. So kann ein*e Akteur*in gleichzeitig in einem Netzwerk Produzent*in, Konsument*in, oder Vermarkter*in sein – und in jeder Rolle mit andern unterschiedlich vernetzt sein. Die Genderperspektive müsste bei beiden bewusst integriert werden, sie kommt aktuell nur selten vor.

AS: Am Ende ist kein System automatisch gendergerecht. Bei beiden gibt es Engpässe für Frauen, Diskriminierungsmechanismen im Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen. Schlussendlich sind die zwei Modelle auch nicht homogen oder vollständig losgelöst voneinander. Es gibt Verknüpfungen zwischen den beiden und die Frage ist, wo eignet sich das eine besser als das andere, welche Kombinationen sind im Kontext besonders gendergerecht. Was passiert in einer globalen Wertschöpfungskette? Wer greift wo ein, wer macht was?

TG: Ich finde es einfach spannender, über neue Modelle nachzudenken. Auch aus kapitalismuskritischen und ökologischen Gründen finde ich es besser, sich auf die alternativen Modelle zu konzentrieren und nicht vor allem an einem System herumzuschrauben, das grundlegend verändert werden muss. Und das ja auch noch gar nicht überall Realität ist. Der grösste Teil der Lebensmittel wird nicht in den globalen Wertschöpfungsketten produziert und gehandelt. Bei uns im Norden schon, aber im Süden nicht.

«Einzelne Akteur*innen haben in Netzwerken mehr Handlungsspielraum und können Entscheidungen betreffend Qualität, Preis, Produktions- und Vermarktung kontextspezifisch fällen.»

Wir sind bei den Modellen hängen geblieben, die Diskussion ist komplex. Kommen wir zurück zur Frage, weshalb der Genderaspekt bei der Fair-Food-Initiative kein Thema war?

TG: Es stimmt, die Gender-Frage wurde nicht als solche diskutiert. Aber es war doch sehr auffällig, dass es ein Abstimmungskampf war, in dem sich vor allem Frauen zu Wort gemeldet haben bzw. um Stellungnahmen gebeten wurden. Das gab es wahrscheinlich in keiner Abstimmungsdebatte vorher. Auch haben laut Umfragen, viele Frauen Ja zur Initiative gesagt.

Eine etwas ketzerische Frage: Ist das Thema nicht interessant genug für Männer?

AS: Meine These, weshalb sich die Frauen mehr dafür interessieren ist, dass sie viel direkter betroffen sind. Immer noch beschäftigen sich mehrheitlich die Frauen mit Einkaufen und Kochen. Sie sind auch mehr um gesundes Essen für ihre Kinder besorgt.

TG: Ich möchte zurückkommen auf die Modellfrage. Sie war schliesslich die Ausgangslage für unser Gespräch. Die Frage ist, welches Modell ermöglicht mehr Gleichberechtigung? Die Mehrheit der Produktion, Verarbeitung

«Es war doch sehr auffällig, dass im Abstimmungskampf vor allem Frauen sich zu Wort gemeldet haben bzw. um Stellungnahmen gebeten wurden. Das gab es wahrscheinlich in keiner Abstimmungsdebatte vorher.»

und Vermarktung von Lebensmitteln im globalen Süden ist nicht in die internationalen Wertschöpfungsketten eingebunden und folgt nicht ihrer Logik. Sowohl Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit wie auch internationale Unternehmen versuchen vermehrt die Lebensmittelproduktion im globalen Süden nach Wertschöpfungskettenlogik zu organisieren und sie in den internationalen Markt einzubinden. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass auch in Afrika oder Indien Supermarktketten auf dem Vormarsch sind. Ich denke, dass diese Entwicklungen vor allem auf Kosten von Kleinproduzent*innen gehen werden. Supermärkte verlangen bestimmte Mengen eines Produkts in genau der gleichen Qualität, was die Grösse, die Form, das Gewicht oder auch die Farbe zum Beispiel einer Tomate betrifft – und das zu einem genau festgelegten Termin. Das können Kleinproduzent*innen in den wenigstens Fällen leisten. Sie, vor allem Frauen, die in den bisher bestehenden lokalen Märkten ihren Lebensunterhalt in der Verarbeitung und im Handel von Lebensmitteln erwirtschaften, werden ganz klar zu den Verliererinnen gehören, wenn die lokalen Märkte von Supermärkten verdrängt werden.

AS: In den Supermärkten im südlichen Afrika finden sich oftmals keine einheimischen Produkte. Das «Rohmaterial», zum Beispiel Sonnenblumenkerne, wurde allenfalls in Tansania produziert und von Frauen in Handarbeit geerntet. Sie werden dann anderswo verarbeitet und kommen als teures Bio-öl zurück nach Tansania. Die Frage ist, wer verdient wo wie viel daran, welchen Anteil des Gewinns haben die lokalen Arbeiterinnen, welche die Kerne ernten?

AC: Doch, es gibt vielerorts auch lokale Produkte in Supermärkten zu finden. Zum Beispiel werden in Indien viele Lebensmittel selber produziert, auch selber verarbeitet und exportiert. Indien ist als Agrarriese und -exportland mit seinem Streben nach Selbstversorgung vielleicht ein spezielles Beispiel. Dennoch sind «rural urban linkages» also die Verknüpfung der zunehmend urbanisierten Konsument*innen mit der städtenahen, regionalen land- und ernährungswirtschaftlichen Produktion gerade ein aktuelles Diskussionsthema in der Entwicklungszusammenarbeit.

TG: Auch wenn Supermärkte lokale Produkte verkaufen, bleibt die Frage, wer in diesem System wie viel verdient bestehen. Wir müssen diskutieren, ob wir dieses System gut finden oder ob wir alternative Formen der Vermarktung weiterverfolgen wollen. Denn, wenn Supermärkte lokale Produkte verkaufen, verdrängt dies die Marktfahrer*innen. Supermärkte wollen standardisierte Produkte, grosse Mengen und Hygienestandards, die Kleinproduzent*innen in der Regel nicht bieten können.

AS: Visionäres Denken ist immer interessant. Doch was bedeutet dies zum Beispiel in Bezug auf die soziale Sicherheit? Wer kann diese gewähren? Was muss bei der Landwirtschaftspolitik eines Landes ändern, damit die soziale Absicherung in kleinräumigen Systemen besser wird. Das ist nicht in erster Linie eine technische, sondern eine politische Frage, eine Frage der Macht über Werte und Verteilung von Arbeit, Zeit und Gewinn.

TG: Oft scheitern die Frauen an zu hohen Transportkosten, respektive an nicht vorhandenen Transportmöglichkeiten, um ihre Produkte auf den lokalen Markt oder eben in die Städte zu bringen. Hier braucht es entweder staatliche Unterstützung oder Unterstützung von der Entwicklungszusammenarbeit. Auch andere Infrastruktur wie zum Beispiel Marktstände können hilfreich sein. Ich habe in Tegucigalpa, der Hauptstadt Honduras, einen superdynamischen, grossen Markt besucht, den sich Bauernorganisationen und NGOs erkämpft haben.

Ein weiteres Problem ist, dass Kleinbäuer*innen ihr Land an grosse Monokulturprojekte verlieren, die vermeintlich der Entwicklung dienen sollen. Ohne ihr Land sind die Menschen gezwungen, alle ihre Lebensmittel zu kaufen.

«Wir müssen die Diskussion umdrehen. Wirtschaft ist etwas, das aus dem Sozialen entsteht und nicht umgekehrt. Wirtschaft ohne Menschen funktioniert nicht, braucht es auch nicht.»

Heike Wach (HW): Dies ist auch in Ruanda so. Die Frauen müssen arbeiten gehen, auch die Fragmentierung des Landbesitzes als Folge des Erbrechts erschwert die Selbstversorgung. Das müsste ja gar nicht so schlecht sein, wir produzieren hier in der Schweiz ja auch nicht mehr alle unsere Nahrungsmittel selbst. Doch das Problem ist, dass die Menschen, und vor allem Frauen, oft gar keine Arbeit finden, oder so schlecht bezahlte, dass sie sich mit dem Lohn nicht mehr selbst versorgen können. Das Land, welches sie veräussern mussten, wirft jetzt für jemand anderem Profite ab.

TG: Früher war es so, dass die Menschen in den Städten Arbeit gefunden haben, dies ist heute nicht mehr so, es gibt längst nicht genug Jobs. Mit der Digitalisierung wird diese Entwicklung noch prekärer. Viel Lohnarbeit geht verloren. Deshalb muss die Landwirtschaft wieder attraktiv werden. Wir müssen darüber diskutieren, wie Lebensmittel unter würdigen Bedingungen produziert und verarbeitet werden können, so dass sich niemand dafür schämen muss Bauer bzw. Bäuerin zu sein. Würdige Bedingungen heisst vor allem faire Preise für die Produkte, gute Infrastruktur auf dem Land, Bildung und Gesundheitsversorgung. Das habe ich in Kamerun, aber auch in anderen Ländern, immer wieder gehört, wenn ich die Frauen gefragt habe, was sie fordern.

Warum braucht die Fair-Food-Diskussion die Genderdebatte? Welche Punkte müssen eingebracht werden?

AC: Bei der Fair-Food-Idee werden meines Erachtens von der Öffentlichkeit vermehrt ökologische und Tierwohlaspekte diskutiert. Die sozialen Aspekte gehen in Nachhaltigkeitsdiskussionen oft verloren – und wenn doch, dann wird meist vom Einkommen gesprochen, einem sozio-ökonomischen Indiz. Aussagen werden schnell pauschalisiert und die Diskussionen sind selten differenziert genug, um die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf ihre Bedeutung für die Ernährungssouveränität und -sicherheit hin zu analysieren. Letztlich ist diese ein gesellschaftliches Ziel, das eine politisch-feministische Auseinandersetzung voraussetzt.

AS: Wir müssen die Diskussion umdrehen. Wirtschaft ist etwas, das aus dem Sozialen entsteht und nicht umgekehrt. Wirtschaft ohne Menschen funktioniert nicht, braucht es auch nicht. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit gibt es einen Trend weg vom «guten Lebensstandard für alle» in Richtung Mainstream der neoliberal gefassten ökonomischen Denkweisen. Davon müssen wir wegkommen.

TG: Es sind mehrheitlich Frauen, die Lebensmittel produzieren, verarbeiten und konsumieren. Dies hat einen grossen Einfluss auf die Lebensqualität und auf die Zeit, die Frauen zur Verfügung haben. Deshalb ist die Genderdiskussion elementar.

HW: Es geht einerseits um eine Vision der Gendergerechtigkeit und andererseits um das Prinzip der Solidarität. Die Tatsache, dass Frauen mehrheitlich Care-Arbeit übernehmen, weil es ihrer Rollenzuordnung entspricht, heisst nicht automatisch, dass sie solidarischer denken und handeln als Männer.

AS: Es ist eine intersektionale Frage. Auch Frauen beschäftigen sich zu wenig mit der Genderfrage. Vor allem gut ausgebildete Frauen. Diese sind weniger betroffen von den Problemen, da sie selber genug verdienen und auch vereinnahmt sind vom gängigen Wirtschaftsmodell. Die Genderfrage ist deshalb auch eine Klassenfrage.

Das Gespräch wurde von Lilian Fankhauser moderiert und von Christine Badertscher aufgezeichnet.

Ein vorläufiges Resümee

Im Vorfeld zur Abstimmung über die Fair-Food-Initiative hat sich WIDE Switzerland gefragt, welchen Beitrag die Initiative zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Ernährungssystemen leisten könnte. In einer Gesprächsreihe «Feministische Blicke auf die Fair-Food-Idee» haben wir mit Akteur*innen und Fachpersonen aus Landwirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungspolitik diskutiert. Einige von ihnen kommen nun auch in dieser Broschüre zu Wort.

Die Fair-Food-Initiative wurde im September 2018 in allen Deutschschweizer Kantonen – und damit auch auf nationaler Ebene – abgelehnt. Die Chance, Nachhaltigkeit in unseren Ernährungssystemen mit gesetzlichen Grundlagen zu stärken, ist somit fürs Erste verpasst. Damit bleibt Nachhaltigkeit beim Essen weiterhin eine Frage des verantwortungsvollen Konsums, Parlament und staatliche Institutionen sollen sich möglichst raushalten. Der Titel «Besser mehr Bio essen als Ja stimmen» im «Tagesanzeiger» vom 8. September 2018 brachte die Haltung auf den Punkt. Diese Devise, in Sachen Ernährung der Politik mit dem Einkaufskorb gegenüber der Politik im Parlament den Vorrang zu geben, delegiert die Verantwortung an die einzelnen Konsument*innen, abhängig von der Grösse ihres Geldbeutels oder der Stärke ihres (schlechten) Gewissens. Und weil Frauen auch in der Schweiz mehr Zeit mit dem Einkaufen von Lebensmitteln, der Mahlzeitenplanung und Vorbereitung verbringen als Männer, sind es vermehrt Frauen, die sich die Fragen, wie viel Nachhaltigkeit und Fairness sie sich finanziell und zeitlich leisten können und wollen, im alltäglichen Einkauf stellen.

Um Antworten auf die Frage geben zu können, ob und vor allem wie fairer Handel und Nachhaltigkeitsstandards die Lebensbedingungen von Frauen in ihren Rollen als Ernährerinnen, (Klein-) Bäuerinnen, als Angestellte in der Verarbeitung und Vermarktung verbessern können, ist es noch ein langer Weg. Mit dieser Broschüre sammeln wir Erkenntnisse aus Forschungsprojekten sowie politischen Debatten über Essen, über Macht und über Arbeit. Denn ohne den Einbezug dieser Kategorien sind geschlechtergerechte Ernährungssysteme nicht zu haben.

Die Forschungsresultate aus Bolivien, Kambodscha, Ghana und Ruanda zeigen, wie die Einbindung der bäuerlichen Landwirtschaft dieser Länder in den internationalen Markt die Situation von Frauen (und Männern) auf dem Land stark verändert. Während in Kambodscha, Ghana und Ruanda die Kommerzialisierung der Landwirtschaft zu erhöhter Arbeitsbelastung, Zeitknappheit und zum Teil minderer Versorgung mit Lebensmitteln führt, konnten z.B. Quinoa-Produzentinnen in Bolivien von dem Boom, den das Getreide in den letzten Jahren international erlebt hat, profitieren. Nichts desto trotz hat sich dadurch an den zugewiesenen Geschlechterrollen kaum etwas geändert.

Nach wie vor bleibt Frauen in den meisten Fällen die Mitsprache in relevanten Entscheidungsprozessen verwehrt, nach wie vor tragen sie die Hauptverantwortung für die gesamte Care-Arbeit, die zeit- und arbeitsintensiv ist.

Die Arbeitsbelastung von Frauen in der Landwirtschaft ist besonders gross und auch in der Schweiz bis anhin ungelöst. Neben der Arbeit auf dem Hof, übernehmen vielen Bäuerinnen und Landfrauen die arbeitsintensive Pflege kranker und alter Angehöriger. Die Direktvermarktung, die zwar mehr Wertschöpfung verspricht und regionale Kreisläufe stärkt, bedeutet für viele Frauen indes vor allem Mehrarbeit, die erst langsam und in wenigen Fällen auch zu höheren Einkommen der Frauen führt. Denn auch in Schweizer Betrieben und bei landwirtschaftlichen Gremien haben Frauen wenig Mitsprache in Entscheidungsprozessen, dies letztlich auch, weil Boden und Betrieb mehrheitlich in Männerhand sind.

Um Geschlechtergerechtigkeit in den Ernährungssystemen voranzubringen, braucht es Frauenorganisationen, Frauenkooperativen und Netzwerke für Aktivistinnen, die für ihre Rechte einstehen. Sie bringen eigene Projekte auf den Weg und vertreten ihre Forderungen gegenüber und in politischen Gremien und Prozessen. Den Aktivistinnen aus west- und zentralafrikanischen Ländern, die sich gegen (sexuelle) Gewalt rund um industrielle Plantagen einsetzen, ist es gelungen, dieses bisher tabuisierte Thema auf die politische Agenda zu bringen. Sie brauchen jedoch einen langen Atem und viel Unterstützung, damit die Gewalt effektiv aufhört.

Die Beiträge dieser Broschüre machen deutlich, dass es keine Patentlösung für nachhaltige, faire und gendergerechte Ernährungssysteme gibt. Es braucht viel Energie, politischen Willen und Ausdauer, um die Bedingungen längerfristig zu verändern. Weil das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht ist und weil Frauenrechte Menschenrechte sind, liegt die Verantwortung dafür vor allem auch bei den Staaten, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Es ist an ihnen, Handelsregeln, Investitions-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik so zu gestalten, dass diese Menschenrechte gewahrt bzw. erfüllt werden. Und es ist an uns – immer und immer wieder – kritisch auf die Arbeit unserer Regierungen zu blicken und entsprechend Forderungen zu stellen.

DIE WIDE-ARBEITSGRUPPE “FEMINISTISCHE BLICKE AUF FAIR FOOD IDEEN”

Tina Goethe ist Soziologin mit einem Master in internationaler Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist Co-Leiterin des Ressorts Entwicklungspolitik bei Brot für alle. Seit über 15 Jahren arbeitet sie zu den Schwerpunkten Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität im entwicklungspolitischen Kontext, 10 Jahre davon bei SWISSAID. Sie ist Gründungsmitglied von WIDE Switzerland, wo sie sich in der Koordinationsgruppe zu den Themen Nachhaltigkeit, Care und Ernährungssystemen engagiert. Seit acht Jahren ist sie Mitglied des schweizerischen nationalen FAO-Komitees, einem Konsultativorgan des Bundesrats, das sich mit Fragen zur Ernährungssicherheit und nachhaltigen Ernährungssystemen befasst.

Annemarie Sancar (WIDE) ist Sozialanthropologin mit Schwerpunkt Gender, Migration und Entwicklungspolitik. Sie arbeitete während zehn Jahren als Genderbeauftragte für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, um in den Sektor-Programmen zur Ernährungssicherheit, lokaler Gouvernanz oder Unternehmensförderung die Geschlechterdimension inhaltlich und institutionell zu verankern. Mit dem Thema Migration setzt sie sich aus der NGO-Perspektive und politisch auseinander. Sie sass für das Grüne Bündnis Stadt Bern 8 Jahre im Stadtparlament und engagiert sich heute in der Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit der Grünen Partei Schweiz.

Christine Badertscher ist Umweltwissenschaftlerin und Agronomin. Sie arbeitet bei SWISSAID in der Abteilung Entwicklungspolitik im Bereich ökologische Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Gender. Ausserdem ist sie in der Politik aktiv und hilft auf dem elterlichen Biohof aus.

Alex Carter ist Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkten Food Systems, Gender und Entwicklungskooperation. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Agrar- Forst- und Lebensmittelwissenschaften in der Fachgruppe Internationale Landwirtschaft und ist Teil der WIDE Koordinationsgruppe.

Heike Wach ist Oecotrophologin mit einem MA in Gender & Entwicklung. Sie ist freiberufliche Konsulentin, vor allem in den Bereichen Gender und nachhaltige Produktionssysteme. In ihrer Wohngemeinde koordiniert sie das «Café International», ein Treffpunkt und Netzwerk für Frauen aus aller Welt und engagiert sich bei der Versorgung ihres Familienhaushaltes mit grossem Biogarten. Sie ist Gründungsmitglied von WIDE Switzerland, wo sie sich in den Bereichen Ernährung und Economic Literacy einbringt.

WIDE Switzerland ist seit Ende 2008 aktiv als nationale Plattform des europäischen Netzwerkes Women in Development Europe (WIDE). Seither konnte sich WIDE in der Schweiz als unabhängige feministische Kraft zu Themen der Care-Ökonomie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit etablieren.

Was macht WIDE?
WIDE vermittelt Wissen, stärkt die Vernetzung zu genderrelevanten Themen, lanciert Diskussionen und nimmt politisch Einfluss. Die WIDE-Arbeitsgruppen sind offen für alle Interessierten. Sie sind Orte des Austausches und der Debatten zwischen Frauen und Männern mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen. Sie bieten Interessierten die
Möglichkeit, ihr Wissen zu erweitern, gemeinsam Argumente aus der Geschlechterperspektive zu entwickeln
und Positionen zu erarbeiten.
WIDE verfügt über einen Pool von Expertinnen zu feministischer Ökonomie, Entwicklung, Nachhaltigkeit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, welche ihr Wissen zur Verfügung stellen.

www.wide-switzerland.ch

IMPRESSUM

KONZEPTION	WIDE SWITZERLAND / AG FEMINISTISCHE BLICKE AUF FAIR FOOD IDEEN
REDAKTION	CHRISTINE BADERTSCHER, ALEX CARTER, TINA GOETHE, ANNEMARIE SANCAR, HEIKE WACH
LAYOUT	ALEX CARTER UND NIKKI CAVIEZEL
EDITING	ROSMARIE UJAK
TITELFOTO	TINA GOETHE, BROT FÜR ALLE
DRUCK	MASTRA DRUCK AG

März 2019, Bern

WWW.WIDE-SWITZERLAND.CH